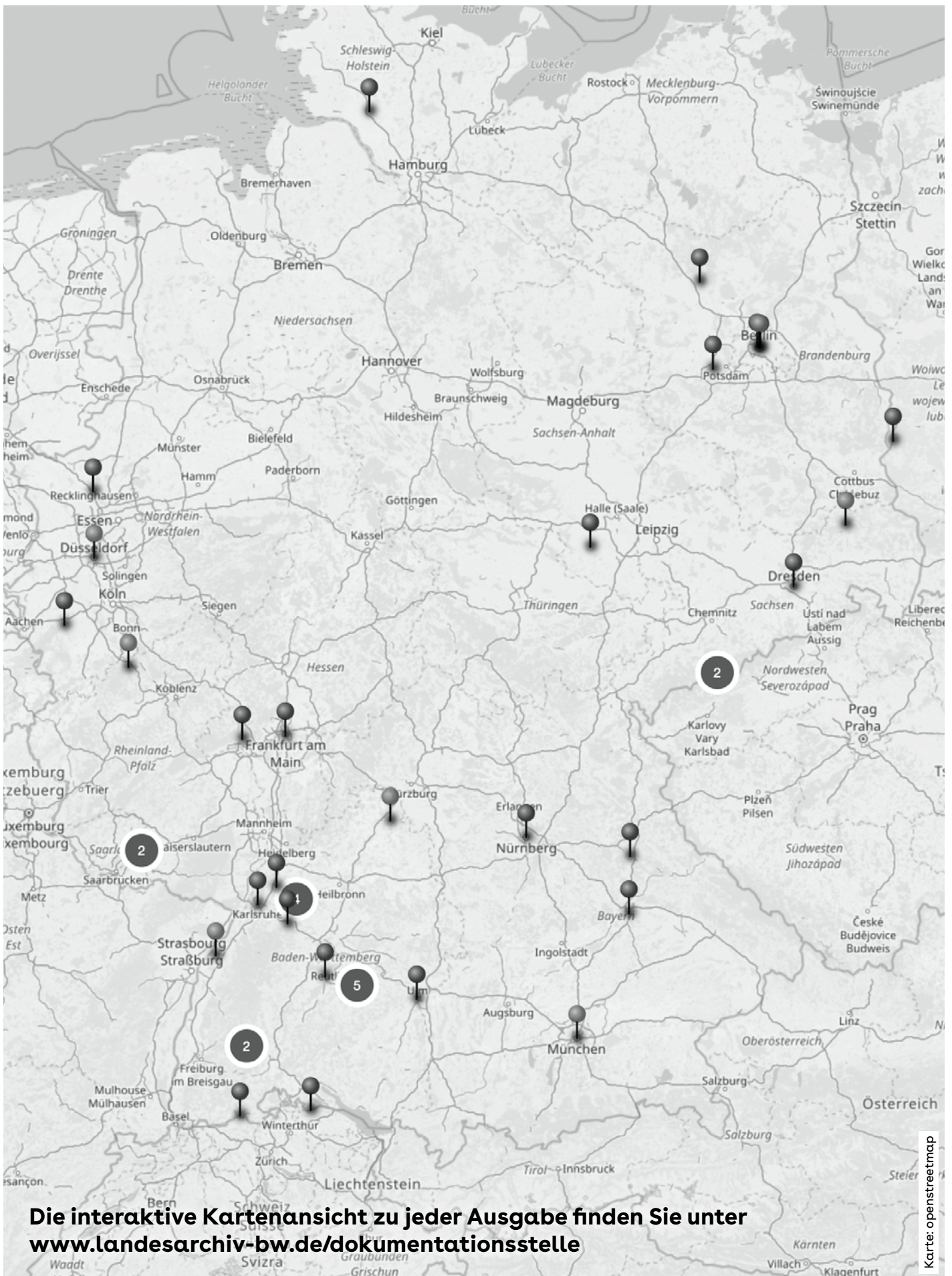


Oktober bis Dezember 2021

RECHTS.GESCHEHEN





Die interaktive Kartenansicht zu jeder Ausgabe finden Sie unter www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Editorial

Im November 2021 haben wir das erste Heft unseres neuen Journals RECHTS.GESCHEHEN der Öffentlichkeit vorgestellt. Über Ihre positiven Reaktionen haben wir uns sehr gefreut. Unter den zahlreichen Abonnenten finden sich Akteure aus der Zivilgesellschaft, aber auch Einrichtungen der Justiz sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus der Forschung – weit über Baden-Württemberg hinaus.

Die neue Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN ist sehr umfangreich geworden. Die Frage nach der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist längst nicht mehr eine medizinisch-ethische Entscheidung, sondern wird in den öffentlichen Protesten bewusst instrumentalisiert zur Delegitimierung unseres Gemeinwesens und seiner demokratischen Entscheidungsprozesse. Gleichzeitig steigt die Gewaltbereitschaft. Verbale Exzesse bereiten dabei Übergriffe auf Ordnungskräfte und politische Entscheidungsträger vor. Wir haben uns deshalb entschlossen, in unserem neuen Heft die chronologische Gliederung zu durchbrechen und in einem einleitenden Artikel „Im Fokus“ die öffentliche Debatte um die sich radikalisierenden Corona-Proteste kurz nachzuzeichnen.

Während wir an der Redaktion der vorliegenden Ausgabe sitzen, dokumentieren wir täglich neue Vorfälle: In Freiburg im Breisgau missbraucht eine Corona-Demonstration den Platz der Alten Synagoge für ihre Zwecke (12. Februar). Zwei Tage später versucht eine Gruppe von Kritikern der Corona-Regeln – dem sächsischen Beispiel folgend – zum Wohnhaus von Ministerpräsident Winfried Kretschmann vorzudringen. Am 16. Februar beginnt in Frankfurt am Main die Hauptverhandlung im Ermittlungskomplex „NSU2.0“. Die Datenbank der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus wächst in bedrückender Geschwindigkeit.

Erlauben Sie uns abschließend noch einen Blick in unseren Arbeitsalltag. In den letzten Wochen konnten wir die Quellengrundlage für unsere Arbeit beträchtlich erweitern. Im Herbst 2021 erhielt die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus den Nachlass des Aussteigers aus der rechtsextremen Szene und Stasi-Informanten, Odfried Hepp.

Wir freuen uns außerdem, dass uns das „Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V.“ in Berlin, Herausgeber der Zeitschrift „CILIP Bürgerrechte & Polizei“, seine große Bibliothek und seine umfangreiche Dokumentation anvertraut hat. Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus wird so immer mehr zu einem sichtbaren Knotenpunkt im Netzwerk vieler Partnerinnen und Partner im Kampf gegen demokratiefeindliches Gedankengut und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Karlsruhe, im Februar 2022

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Im Fokus

Bundesweit:
**„Rechtsextremisierung“
 der Corona-Proteste**

In zahlreichen deutschen Städten gibt es seit Monaten Proteste gegen Corona-Maßnahmen. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang sieht in manchen Regionen eine prägende Einflussnahme durch Rechtsextremisten. Haldenwang zufolge gibt es „punktuell und in manchen Regionen eine prägende Einflussnahme durch Rechtsextremisten, also quasi eine ‚Rechtsextremisierung‘ des Protests“. Sorgen bereiteten ihm auch Übergriffe auf Polizisten und Journalisten bei Demonstrationen. So wurden am Abend des 20. Dezember bei einer unangemeldeten Demonstration in Mannheim nach Angaben des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl 13 Polizisten verletzt. Protestierende hatten laut Polizei das Versammlungsverbot ignoriert und Widerstand geleistet, als die Ordnungskräfte ihren Aufzug beenden wollten. Haldenwang weiter: „Wir sehen Einschüchterungsversuche gegen politische Entscheidungsträger und eine außerordentliche Verrohung der Debatte in den sozialen Medien: Von Gewaltfantasien bis hin zu Morddrohungen, die sich nicht nur gegen Politiker, sondern auch gegen Wissenschaftler und Ärzte richten.“ Eine maßgebliche Kraft hinter den Protesten ist die AfD.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) führt aus, dass eine Mobilisierung im Bereich der extremen Rechten „unübersehbar“ sei. Das gehe los bei den Querdenkern, die nichts vom Staat hielten und die sogar staatliche Institutionen außer Kraft setzen wollten. „Ich sehe hier einen fließenden Übergang in den Bereich der AfD, der NPD und zum so genannten Dritten Weg. Denen ist gemein, dass sie alle versuchen, bei den Impfgegnern Leute aufzusammeln und ideologisch zu manipulieren. Das ist ein echtes Problem.“

Nach Überzeugung von Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) wird die AfD „immer mehr zum Treiber der radikalen Coronaproteste“. Die thüringische Landtagsfraktion gebe „sogar Tipps heraus, wie man illegale Demos als Spaziergänge tarnt und mit der Polizei Katz und Maus spielt“, so Maier. „Diese Partei ist dabei, die Demokratie von innen auszuhöhlen.“ Der Landesverfassungsschutz hat den Thüringer AfD-Landesverband im März 2021 als „gesichert extremistisches Beobachtungsobjekt“ eingestuft. Auf Facebook schreibt die von Björn Höcke geführte Fraktion zum Beispiel: „1000 Spaziergänger ohne Ausweis sind nicht zu kontrollieren.“ „Höckes Biografie weist Bezüge in die klassische rechtsextremistische Szene auf“, steht im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Thüringen. Mit einer Nähe zu Extremisten in „Wort und Tat“ sei Höcke ein „besonders herausgehobener Akteur“. Dabei gehe die Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht von Höcke allein aus. „Er steht vielmehr stellvertretend für eine Vielzahl an Positionierungen innerhalb der AfD Thüringen, die auf eine extremistische Bestrebung hindeuten.“

Heiligabend heizte Höcke in einem beim rechtsextremen Internetportal Politically Incorrect veröffentlichten Text „Vielleicht befinden wir uns gerade in einer neuen friedlichen Revolution wie 1989“ die Hetzstimmung an: „Der Druck im Kessel steigt. Er steigt auch deswegen, weil das politische Establishment keine roten Linien mehr kennt. Und das treibt die Menschen in Ost und West, das treibt die Menschen in Gesamtdeutschland zurecht auf die Straßen. In diesen Tagen, Wochen und Monaten sind hunderte, tausende, zehntausende Menschen auf den Straßen unterwegs, um ihr Recht auf Meinungsfreiheit, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit zu verteidigen. Und ich bin dankbar dafür, dass die Menschen unterwegs sind und ich sage danke an dieser Stelle. Danke, dass Sie die Freiheit nicht nur von sich selbst, sondern die Freiheit Ihrer Kinder und die Freiheit Ihrer Enkel verteidigen. Es muss etwas passieren in Deutschland, so kann es nicht weitergehen. Ja, vielleicht befinden wir uns gerade in einer neuen Wendesituation, in einer neuen friedlichen Revolution wie 1989. Auf jeden Fall erleben wir spannende Zeiten, wir erleben historische Zeiten. Wir erleben Veränderungen, die wir, wenn wir ein einiges Volk sind, selbst gestalten können. 2022 steht vor der Tür, es wird ein weiteres politisches Kampfjahr werden, davon kann man ausgehen.“ Höcke weiter: „Denken Sie bitte daran: Trotz des Druckes, den die etablierte Politik auf die Menschen ausübt, trotz der unangenehmen Lage, in der wir uns befinden, trotz des Kampfes um unsere Freiheit, den wir führen müssen – wir sind und Sie sind nicht allein. Wir sind viele und wir werden jeden Tag mehr. Mit diesem guten Gefühl, dass dieses Land noch nicht verloren ist, im Gegenteil, dass dieses Land einer neuen großartigen Zukunft entgegen geht, möchte ich Sie jetzt in die Weihnachtszeit entlassen.“

Wenige Tage vor der Veröffentlichung dieses Textes gab Höcke auf seinem Telegram-Kanal kund: „Unsere Grund- und Freiheitsrechte werden ohne Tatsachengrundlage, also willkürlich, außer Kraft gesetzt. Die Stimmungsmache der regierungsnahen Medien mit ihren immer neuen Corona-Bedrohungsszenarien kann keinen aufgeklärten Demokraten in seinem Urteil mehr täuschen: Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr! Aufgrund dieser Einsicht gehen in vielen deutschen Städten Menschen auf die Straße. Sie spazieren mit Kerzen durch die Innenstadt, spontan bilden sich Ansammlungen und lösen sich wieder auf“. Höcke weiter: „Die Regierung wird nervös: Selbst wenn man eine totale

Ausgangssperre verhängt – was soll die Polizei machen, wenn sich 5000 Menschen einfach nicht daran halten? Alle festnehmen? So viele Gewahrsamszellen gibt es nicht. Und wer soll diese Ordnungswidrigkeitsverfahren bearbeiten? Die Justiz ist doch jetzt schon überlastet. Und so bleibt den Virokraten nur Angst und Einschüchterung. Sie können versuchen, an einem willkürlich ausgesuchten Ort ein Exempel zu statuieren. Das ist das letzte verzweifelte Aufbäumen einer mißbrauchten Staatsmacht und gleichzeitig deren Bankrotterklärung. Sie zeigen damit, daß sie keine Macht mehr haben. Die Menschen in Thüringen und Sachsen kennen diese Situation.“
Ähnlich äußerte sich Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer in einem Artikel vom 20. Dezember: „Impfproteste rollen wie ein Tsunami übers Land - Jetzt muss die Welle genutzt werden zur Streikvorbereitung!“

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/verfassungsschutz-sieht-rechtsextremisierung-der-corona-proteste,Ss1DfVo> / eingesehen am 20. Dezember 2021

<https://www.rnd.de/politik/corona-proteste-verfassungsschutzpraesident-sieht-rechtsextremisierung-LBZICGOUKSZV5L7M7SVDWBOKTE.html>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/strobl-zu-corona-protesten-100.html> / eingesehen am 22. Dezember 2021

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-radikale-proteste-verfassungsschuetzer-sehen-afd-als-treiber-a-e74c734e-0503-4813-bb8e-6b34abd9adb5> / eingesehen am 23. Dezember 2021

<https://web.de/magazine/politik/bayerns-innenminister-joachim-herrmann-durch-radikale-corona-proteste-waechst-anschlagsgefahr-36467394> / eingesehen am 27. Dezember 2021

<https://verfassungsschutz.thueringen.de/> / eingesehen am 4. Januar 2022

PI-NEWS / eingesehen am 24. Dezember 2021

COMPACT-Online / eingesehen am 21. Dezember 2021

Oktober

Bundesweit / Bayern:

Vor 75 Jahren: Todesstrafe gegen NS-Hauptkriegsverbrecher

Am 1. Oktober 1946 verhängte der Internationale Militärgerichtshof zwölf Mal die Todesstrafe durch Erhängen gegen 22 angeklagte Hauptkriegsverbrecher Nazideutschlands. Weitere sieben Angeklagte erhielten langjährige Haftstrafen. Drei wurden freigesprochen. Unter den zum Tode Verurteilten waren der ehemalige Außenminister Joachim von Ribbentrop und NS-Chefideologe Alfred Rosenberg. Die Todesurteile wurden am 16. Oktober 1946 auf dem Gelände des Nürnberger Gefängnisses vollstreckt. Hermann Göring beging wenige Stunden zuvor Suizid.

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/nuernberger-prozesse-death-by-hanging-rechtsgeschichte-justiz-voelkerstrafrecht/> / eingesehen am 30. September 2021

Bundesweit / Baden-Württemberg:
Identitäre Bewegung Deutschland in Schwaben

Die bereits 2019 als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist hierarchisch nach den Ebenen Bundesleitung, Regionalgruppen sowie Ortsgruppen gegliedert. Derzeit werden der IBD bundesweit etwa 575 Personen zugerechnet, so die Bundesregierung auf Anfrage. Der Bundesregierung liegen zudem Erkenntnisse vor, dass die IBD in der Vergangenheit Vereine gegründet hat, deren Bezeichnungen keine Rückschlüsse auf die IBD selbst zulassen und die unter anderem zum Zwecke der Anmietung von Veranstaltungsortlichkeiten genutzt wurden. Beispielhaft kann die Anmietung einer Unterkunft zur Durchführung eines „Aktivistenwochenendes“ der IBD-Regionalgruppe Schwaben im März 2020 in Baden-Württemberg unter der Bezeichnung „Schwäbischer Kulturverein e. V.“ genannt werden.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Verbindungen der extrem rechten „Identitären“ in Deutschland und Österreich, BT-Drs. 19/32632 vom 01.10.2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/326/1932632.pdf> / eingesehen am 3. Februar 2022

Nordrhein-Westfalen:

Vor 30 Jahren: Brandanschlag in Hünxe

Vor 30 Jahren, in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1991, wurde im nordrhein-westfälischen Hünxe ein Brandanschlag auf das dortige Asylbewerberheim verübt. Drei Jugendliche (18 bis 19 Jahre) warfen Brandsätze in die Wohnung einer libanesischen Familie. Die achtjährige Tochter Zeinab musste mit ihren Brandwunden lange in einer Spezialklinik behandelt werden, auch ihre zehnjährige Schwester wurde schwer verletzt. Die Täter wurden wegen versuchten Mordes angeklagt und vom Landgericht Duisburg wegen Brandstiftung und schwerer Körperverletzung zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und fünf Jahren verurteilt. Einer der Täter nahm sich nach der Tat das Leben.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/gedenktag-brandanschlag-huenxe-100.html> / eingesehen am 2. Februar 2022

Baden-Württemberg:

Leitfaden für die Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten

Die Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaften Karlsruhe und Stuttgart haben einen Leitfaden zum Thema „Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten in Baden-Württemberg“ erarbeitet, der die Staatsanwaltschaften bei der Aufdeckung und Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten unterstützen soll. Daneben dokumentiert der Leitfaden auch Standards, die bei den strafrechtlichen Ermittlungen zu beachten sind. „Insgesamt stellt der Leitfaden somit eine umfassende Zusammenstellung der für die Bekämpfung dieses bedeutenden Kriminalitätsbereichs relevanten Faktoren dar“, führte Generalstaatsanwalt Peter Häberle aus. Generalstaatsanwalt Achim Brauneisen betonte: „Mit dem Leitfaden wollen wir auch ein Zeichen setzen; wir stehen gegen jede Form von Hass und Anfeindungen an der Seite der Jüdinnen und Juden!“ Nach der seit 2018 geführten bundeseinheitlichen Statistik „Hasskriminalität“ stieg die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in Baden-Württemberg von 132 im Jahr 2018 (2019: 206) auf 325 im vergangenen Jahr. Volksverhetzung und Gewaltdarstellungen machten dabei den größten Anteil aus (2018: 70, 2019: 112, 2020: 173). Die Fallzahl der antisemitisch motivierten Beleidigungsdelikte hat sich von 7 im Jahr 2018 auf 19 im Jahr 2020 nahezu verdreifacht.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/leitfaden-fuer-die-verfolgung-antisemitisch-motivierter-straftaten-vorgestellt/?&pk_medium=newsletter&pk_campaign=211008_newsletter_weekly&pk_source=newsletter_weekly&pk_content=Leitfaden+f%C3%BCr+die+Verfolgung+antisemitisch+motivierter+Straftaten+vorgestellt&pk_keyword=antisemitismus / eingesehen am 8. Oktober 2021

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hasskriminalitaet-steigt-landtag-stellt-sich-gegen-die-hetzer.66dc9109-acba-413b-97f1-251333da0a31.html> / eingesehen am 8. Oktober 2021

Bundesweit:

Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Rechtsterroristen

Bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe werden 620 Ermittlungsverfahren gegen Terroristen, Spione und Kriegsverbrecher geführt. Gegen mutmaßliche Rechtsterroristen sind aktuell 46 Ermittlungsverfahren in Karlsruhe anhängig, sie richten sich gegen 90 namentlich bekannte Beschuldigte. Mehrheitlich geht es dabei um den Vorwurf der Gründung, Mitgliedschaft oder Unterstützung terroristischer Vereinigungen, aber auch um die Vorbereitung von Attentaten oder um Mord. Zuletzt hatte der Generalbundesanwalt in diesem Phänomenbereich Anklage gegen die Gruppe S. erhoben, eine Gruppierung von Rechtsextremisten, die teilweise sogenannten Bürgerwehren angehörten und Anschläge auf Moscheen geplant haben sollen.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/verfahren-generalbundesanwalt-terrorismus-101.html> / eingesehen am 8. Oktober 2021

Bundesweit / Baden-Württemberg:
Hausdurchsuchungen beim Berserker Clan

Wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsextremistischen Vereinigung sind am 15. Oktober Ermittler bundesweit gegen mutmaßliche Mitglieder der rechtsextremen Gruppe Berserker Clan vorgegangen. Durchsuchungen gab es in Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg. Die Generalstaatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt in Berlin ermitteln gegen 15 Männer und Frauen im Alter von 26 bis 55 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit, darunter offenbar auch eine Person aus Esslingen. Bei den Durchsuchungen an 14 Orten wurden unter anderem Waffen und Munition sichergestellt.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/polizeibericht-berlin/razzia-gegen-berserker-clan-rechtsextreme-trainierten-fuer-aufstand-an-tag-x-li.189824> / eingesehen am 20. Oktober 2021

Sachsen-Anhalt:

Institut für Staatspolitik vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft

In Schnellroda (Sachsen-Anhalt) hat seit 2003 das von dem gebürtigen Baden-Württemberger Götz Kubitschek geführte Institut für Staatspolitik (IfS) seinen Sitz. Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt hat den Verein nun als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Im Verfassungsschutzbericht heißt es, das IfS vertrete „rassistische und biologistische Sichtweisen“ und richte sich damit „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Außerdem unterhalte es als „think tank der Neuen Rechten“ eine „Vielzahl von Kontakten und Beziehungen zu Gruppen und Personen“ der Szene. Im IfS referierten bekannte Politiker und Politikerinnen wie Björn Höcke, Alexander Gauland, Jörg Meuthen und Alice Weidel. Nach Recherchen des MDR-Magazins Exakt haben mindestens 70 Vertreter der AfD Verbindungen zum IfS. Es handelt sich um Abgeordnete des Bundestags, mehrerer Landtage sowie um Funktionäre und Mitarbeitende der Partei.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/saalekreis/afd-schnellroda-ifs-kubitschek-neue-rechte-100.html> / eingesehen am 15. Oktober 2021

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-anhalt-afd-bundesvorstand-sieht-kein-problem-in-naehe-zu-rechtsextremer-denkfabrik-a-e42452fe-5a7b-4f43-b81c-9c0afb075c8c#ref=rss> / eingesehen am 15. Oktober 2021

Baden-Württemberg:
Führungswechsel beim NPD-Kreisverband Rhein-Neckar

Am 17. Oktober führte der NPD-Kreisverband Rhein-Neckar „nahe Sinsheim“ seine Jahreshauptversammlung durch. Der 2011 erstmals zum Kreisvorsitzenden gewählte Jan Jaeschke, seit Oktober 2020 NPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg, trat nicht mehr an, ließ sich jedoch zum stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Neu im Amt als Vorsitzender ist Arthur Sitarz, bereits 2015 – 16 Kreisgeschäftsführer: „Sitarz kündigte an, sich als Kreisverband wieder ‚mehr zeigen‘ zu wollen. So sollen nach dem Willen des neuen Chefs der Rhein-Neckar-Nationaldemokraten monatliche Aktionstage statt finden an denen es in abwechselnden Städten Flugblattaktionen, Infostände oder kreative Aktionen geben soll.“ Zum stellvertretenden Vorsitzenden neben Jaeschke wurde Daniel Demel, Beisitzer im Landesvorstand, gewählt. Demel kündigte an, eine eigene Facebookseite sowie einen Telegram-Kanal starten zu wollen. Als Fazit des Tages, so die NPD, „kann klar gesagt werden: Totgesagte Leben länger! Keiner der Anwesenden ist bereit, den Kampf für die NPD und damit um ein besseres Deutschland aufzugeben. Nun erst recht!“

[Homepage NPD Baden-Württemberg](#) / eingesehen am 20. Oktober 2021

Sachsen:
Sieben Jahre Pegida

Am 17. Oktober fand in Dresden anlässlich von „7 Jahre Pegida“ eine sogenannte „Jubiläums-Demo“ mit Heinz-Christian Strache, früherer Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jürgen Elsässer, Compact-Chefredakteur, sowie Christoph Berndt, Initiator von Zukunft Heimat und AfD-Fraktionschef im brandenburgischen Landtag, statt. „Der Widerstand lebt und Dresden steht“, rief Wolfgang Taufkirch (Pegida-Organisationskern) den rund 900 Aufmarschierenden von der großen Bühne auf dem Altmarkt zu. Die fahngeschmückte Menge antwortete: „Dresden steht, Dresden steht!“ Es war die 239. Pegida-Kundgebung in der sächsischen Landeshauptstadt.

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) bewertete die Veranstaltung folgendermaßen: „Die Anwesenden machten keinen Hehl aus ihrer ideologischen Ausrichtung: Versuchte man in der Vergangenheit noch, sich einen vermeintlich bürgerlichen Anstrich zu geben und sich als breite demokratische Bewegung zu profilieren, dominieren heute offen verschwörungsideologische und rechtsextreme Positionen - sowohl zu erkennen an den Redebeiträgen als auch an den Symbolen, die die Teilnehmenden mit sich führten.“ Pegida sei inzwischen zu einem „Sammel- und Vernetzungsbecken für eine europäische rechtsextrem-verschwörungsideologische Bewegung“ geworden.

<https://www.jfda.de/post/ein-unspektakulaeres-pegida-jubilaem> / eingesehen am 18. Oktober 2021
COMPACT-Online / eingesehen am 19. Oktober 2021

Hessen / Bundesweit:
**Rechtsextremisten auf der
Frankfurter Buchmesse**

Mehrere Autorinnen und Autoren sagten Auftritte bei der Frankfurter Buchmesse ab, weil dort auch Rechtsextreme ausstellten. Einen gemeinsamen Stand hatten der Jungeuropa Verlag (Dresden) des neurechten Strategen Philip Stein und das rechte Umweltmagazin Die Kehre von Jonas Schick, einem ehemaligen Aktivist der Identitären Bewegung und zeitweiligen Mitarbeiter eines AfD-Abgeordneten in der Bremer Bürgerschaft. Stein, vormals Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft, ist Kopf des Vereins Ein Prozent, der sich als „größtes patriotisches Bürgernetzwerk“ definiert („Es ist an der Zeit, dass die Stimme des Volkes wieder Gehör findet. Wir vernetzen den Widerstand“) und sich als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“ versteht. Zu den Gründungsvätern von Ein Prozent zählen die aus Baden-Württemberg stammenden Rechtsextremisten Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek.

Im Angebot des Jungeuropa Verlags sind unter anderem Werke der französischen NS-Kollaborateure Robert Brasillach (1909-1945), einem antisemitischen Autor, und Pierre Drieu la Rochelle (1893-1945), der sich einem Haftbefehl durch Suizid entzog, sowie Dominique Venner (1935-2013), der sich in der Kathedrale Notre Dame in Paris erschoss, nachdem er kurz zuvor im Internet die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare kritisiert und vor einer Islamisierung Frankreichs gewarnt hatte. Ebenfalls im Angebot des Jungeuropa Verlags ist das 272 Seiten umfassende Buch „Kulturkampf“ von Lothar Fritze. Jungeuropa-Autor Fritze, ein emeritierter Hochschullehrer, hatte als langjähriger Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts an der Technischen Universität Dresden im Jahr 2000 mit einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau bundesweit für Aufsehen gesorgt. Darin hatte sich Fritze dagegen ausgesprochen, dass der Hitler-Attentäter Georg Elser als antifaschistischer Widerstandskämpfer gewürdigt wird. Vom Verlag wird das Buch „Kulturkampf“ mit den Worten angepriesen: „Die politisch-mediale Elite des Landes glaubt, Deutschland befände sich auf der schiefen Bahn hin zu einer neuerlichen faschistischen Machtergreifung durch rechte Populisten. Aber sie irrt. Sie selbst ist es, die durch die Art und Weise, wie sie als kultureller Hegemon den politischen Kampf führt, dem Land massiven Schaden zufügt und nahezu unbemerkt totalitäre Zustände etabliert.“

https://www.t-online.de/region/frankfurt-am-main/news/id_91006468/boykott-auf-frankfurter-buchmesse-wer-ist-der-rechte-jungeuropa-verlag-.html / eingesehen am 21. Oktober 2021

Homepage Jungeuropa Verlag / eingesehen am 7. Februar 2021

Baden-Württemberg:
Gurs-Mahnmal geschändet

Am 22. Oktober, dem Jahrestag der Deportation der Juden, wurde das Gurs-Mahnmal im Waldshut-Tiengener Stadtpark durch eine Farbattacke geschändet. Das Mahnmal erinnert an die Deportation von rund 6500 Juden aus Süddeutschland nach Gurs.

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/farbattacke-auf-juedisches-mahnmal-in-waldshut;art372623,10948658> / eingesehen am 25. Oktober 2021

Sachsen / Brandenburg:
Neonazi-„Grenzschrützer“

Seit August 2021 ist die deutsch-polnische Grenze einem hohen Migrationsdruck ausgesetzt, der sich insbesondere aus der Lage im Zusammenhang mit der Durchreise von Migranten über Belarus und die Republik Polen ergibt. Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur rufen deshalb zu sogenannten „Grenzgängen“ auf.

Für den 23. Oktober mobilisierte Der III. Weg zu einem gemeinsamen „Grenzgang“ an der deutsch-polnischen Grenze im Raum Guben. Bundesvize Matthias Fischer (seit 13. November 2021 Vorsitzender) postulierte: „Der Gedanke, Grenzgänge durchzuführen, wird bundesweit viele andere Landsleute motivieren und aus der Hilflosigkeit und dem bloßen Zusehen bei der Überfremdung unserer Heimat führen. Unsere Aufklärungskampagne wird gerade hier in den nächsten Wochen entsprechend weiter ausgebaut werden.“ Nach ihrem „Einsatz“ an der Grenze berichteten die Neonazis: „Bei dem Grenzgang selbst gelang es sodann mehreren süddeutschen Gruppen, unter Anwendung der erlernten Fähigkeiten unbehelligt von der auf Bürgerjagd patrouillierenden Polizei die Grenzgänge durchzuführen. Auch der besonders unter polizeilicher Aufsicht stehende Bereich um Groß-Gastrose konnte begangen werden. Es spricht für die katastrophalen politischen Zustände in der Bundesrepublik, wenn die Polizei, anstatt die massenhafte illegale Einwanderung zu verhindern, gegen die eigenen Bürger vorgeht, welche auf diese Problematik aufmerksam machen wollen. Das eine ist eine Straftat, die geduldet wird, das andere wahre Zivilcourage, die kriminalisiert wird.“

Lob für die Aktion kam von dem altgedienten Neonazi Thomas Wulff. Dieser kommentierte die Aktivitäten mit den Worten: „Gute Aktion! Propagandaerfolg erster Güte. Solidarisierungseffekte entlang der Grenzlinie sind gewiss.“ An anderer Stelle erklärte Der III. Weg: „Dieses Mal werden wir nicht tatenlos dabei zusehen, wie Millionen Fremde in unser Land strömen und in den Weiten der bereits stark überfremdeten Großstädte abtauchen. Jeder kann sich einbringen und aktiv unser Land schützen. Werde auch Du Grenzgänger und schütze unsere Heimat! Termine für kommende Aktionen werden zeitnah bekanntgegeben.“ Im Rahmen des „Grenzgangs“ im Großraum Guben stellte die Brandenburger Polizei ca. 50 Personen fest, die dem Neonazi-Aufruf gefolgt waren. Die Meldung fand ein bundesweites Medienecho, auch weil bei mehreren Neonazis Pfefferspray, ein Bajonett, eine Machete und Schlagstöcke sichergestellt wurden.

Auch die Identitäre Bewegung meldete sich zu Wort: Sie gab kund, dass ihre Aktivisten begonnen haben, „mit Grenzwanderungen den Druck auf Schlepperbanden zu erhöhen und den Aufrufen der Polizei und lokalen Politikern, verdächtige Entwicklungen konsequent zu melden, Folge zu leisten.“ Im Raum Zittau führte die Aktionsgruppe Zittau, die unter anderem der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten nahesteht und als freie Kameradschaft auftritt, mehrfach selbständige „Grenzpatrouillen“ durch.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-gehen-auf-patrouille-selbstjustiz-an-der-deutsch-polnischen-grenze/27737018.html> / eingesehen am 26. Oktober 2021

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 25. Oktober 2021

Homepage Identitäre Bewegung Deutschland / eingesehen am 25. Oktober 2021

Baden-Württemberg:
AfD setzt Zentrum Automobil auf Unvereinbarkeitsliste

Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg hat kurz vor der Bundestagswahl im September 2021 die Annahmeerklärung zur Mitgliedsaufnahme des Rechtsextremisten Andreas Ziegler widerrufen. Ziegler habe in seinem Aufnahmeantrag verschwiegen, dass er Mitglied im Zentrum Automobil e.V. (ZA) ist, so das Schreiben der AfD an Ziegler. Die AfD hat ZA auf die Unvereinbarkeitsliste gesetzt. Die 2009 in Baden-Württemberg vom ehemaligen Neonazi-Band-Musiker Oliver Hilburger (Noie Werte), seit 2010 Betriebsrat des Daimler-Werks Stuttgart-Untertürkheim, mitgegründete Pseudo-Gewerkschaft Zentrum Automobil definiert sich als „die Alternative Arbeitnehmervertretung für Mitarbeiter der Automobilindustrie“ und gilt in rechtsextremen Kreisen als „die größte fundamental-oppositionelle Gewerkschaft in der Automobilbranche“ (journalistenwatch).

In den Reihen von Zentrum Automobil tummeln sich Personen, die sich früher für die wegen ihrer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus verbotene Neonazi-Truppe Wiking-Jugend (WJ) oder die Skinhead-Truppe Kreuzritter für Deutschland engagierten, so der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg. ZA-Schatzmeister Hans Jaus, vormals Schatzmeister der WJ, ließ sich im Rahmen der „Sonntagsgespräche“ der Neonazi-Vereinigung Freie Sachsen von deren Vorsitzenden Martin Kohlmann am 14. November 2021 „über die Notwendigkeit von Gewerkschaften, deren Aufgaben und welche Rolle sie im politischen Umfeld spielen“, interviewen. Weiter schreiben die brandenburgischen Verfassungsschrützer über ZA: „Dass es rechtsextremistischen Gewerkschaftern

wie Hilburger nicht unbedingt um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, höhere Löhne oder die Stärkung von Arbeitnehmerrechten geht, machte er bei einem Auftritt am 25. November 2017 bei der ‚6. Compact-Konferenz‘ in Leipzig (Sachsen) deutlich. In seiner Rede forderte er, sich die polnische Gewerkschaft Solidarność zum Vorbild zu nehmen: ‚Die Leute sind auf die Straße gegangen, die haben sich eingereicht, die haben ein System zu Fall gebracht – und deswegen müssen wir in den Betrieben aktiv werden.‘ Nichts Geringeres als der Sturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird durch die rechtsextremistischen Gewerkschaften eingefordert.“

Gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss von AfD und ZA agitierten die baden-württembergischen AfD-Bundestagsabgeordneten Christina Baum und Dirk Spaniel. Spaniel führte in einem Video-Statement aus: „Schluss mit diesem Kleinkrieg, Schluss mit der sinnlosen Energieverschwendung. Wir sollten aufhören, immer wieder irgendwelche Ausgrenzungsversuche zu machen, die noch nicht einmal tatsächlich rational begründet sind. Ich hoffe, dass in der AfD diese Entscheidung revidiert wird und ich glaube daran, dass das passieren wird“, so Spaniel. Baum äußerte auf ihrem Facebook-Account: „Zentrum Automobil auf der AfD-Unvereinbarkeitsliste ist ein ‚No-Go‘ des Bundesvorstandes!“ Baum weiter: „Schon 2009, Jahre vor Gründung der AfD, als sich viele von uns noch im politischen Dornröschenschlaf befanden, haben es die Mitglieder des Zentrum Automobil gewagt, gegen die vermeintlich übermächtigen Alt-Gewerkschaften aufzubegehren. Und wie wir heute wissen, äußerst erfolgreich. [...] Zentrum Automobil sollte daher nicht nur unser natürlicher Verbündeter, sondern sein Weg auch ein Vorbild für uns sein.“

<https://www.facebook.com/Dr.Christina.Baum/> / eingesehen am 21. Oktober 2021

Homepage Verfassungsschutz Brandenburg / eingesehen am 31. Mai 2018

PI-NEWS / eingesehen am 24. Oktober 2021

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 15. November 2021

**Baden-Württemberg:
Ein Blick auf die Region Heilbronn**

„Ein Blick auf die Region Heilbronn. Zwischen extrem rechten Aktivitäten und Engagement für eine menschenrechtsorientierte Demokratie“ ist der Titel einer 100-seitigen Broschüre. Herausgeber sind die Fachstelle mobirex - Monitoring | Bildung | Information und das Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

PDF-Version: https://demokratiezentrum-bw.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie_Heilbronn_2021.pdf / eingesehen am 14. Januar 2022

**Berlin:
AfD-Abgeordnete und Corona**

Bei der konstituierenden Sitzung des 20. Deutschen Bundestags am 26. Oktober 2021 haben 22 von insgesamt 82 AfD-Abgeordneten die wegen Corona geltende 3G-Regelung nicht akzeptiert. Sie mussten daher auf einer reservierten Tribüne Platz nehmen und zueinander Abstand halten, darunter auch der baden-württembergische Abgeordnete Thomas Seitz, der zuvor über Wochen hinweg wegen einer Covid-Erkrankung auf der Intensivstation gelegen hatte.

<https://www.n-tv.de/politik/22-AfD-Abgeordneten-bleibt-nur-die-Tribuene-article22889604.html> / eingesehen am 26. Oktober 2021

**Bundesweit:
Nachrichtendienste werten
Rechtsextremismus als größte
Gefahr**

Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages hat am 27. Oktober zum fünften Mal in seiner Geschichte die Spitzen der Nachrichtendienste des Bundes in einer öffentlichen Anhörung befragt. Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang sagte zu Beginn seiner Ausführungen: „Die größte Bedrohung für die Sicherheit und die Demokratie in Deutschland geht weiterhin vom Rechtsextremismus aus.“ 33.300 Personen würden dem Spektrum zugerechnet, so Haldenwang. Mehr als ein Drittel (13.300) davon sei gewaltorientiert. Allein im Jahr 2020 habe es 22.357 Straftaten gegeben, davon 1.023 Gewalttaten. Die Tendenz sei weiterhin steigend. Besonders erschreckend ist aus Sicht Haldenwangs „der allgegenwärtige Antisemitismus im Rechtsextremismus“. Allein 2020 habe es 2.163 rechtsextremistische Straftaten – davon 48 Gewalttaten – antisemitischer Art gegeben. Das bestimmende Thema für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) im letzten Jahr sei der Phänomenbereich Rechtsextremismus gewesen, sagte dessen Präsidentin Martina Rosenberg. Über 80 Prozent der zu bearbeitenden Fälle im Bereich Extremismus seien in diesen Komplex einzuordnen.

>>>

Der Jahresbericht „MAD-Report“ für 2020 berichtet von 477 Verdachtsfallbearbeitungen in Sachen Rechtsextremismus (363 Fälle in 2019). Die weiteren Verdachtsfälle wurden unter anderem den „Reichsbürgern/Selbstverwaltern“ zugeordnet (31 in 2020, 16 in 2019).

hib – heute im bundestag Nr. 1073/2021 (Inneres und Heimat/Anhörung) 27. Oktober 2021

<https://www.behoerden-spiegel.de/2021/11/02/mad-report-2020/> / eingesehen am 2. November 2021

Bundesweit:

Vor 80 Jahren: Beginn der systematischen Deportationen deutscher Jüdinnen und Juden ins besetzte Osteuropa

Vor 80 Jahren begannen die systematischen Deportationen deutschsprachiger Jüdinnen und Juden in das besetzte Polen, nach Weißrussland und in das Baltikum. Von Mitte Oktober bis Anfang November 1941 verschleppten die Nationalsozialisten etwa 20.000 Juden in das Ghetto in Litzmannstadt, wie die deutschen Besatzer Lodz seit dem Frühjahr 1940 nannten. Die nächsten Transporte gingen weiter nach Osten nach Riga und Minsk im sogenannten Reichskommissariat Ostland. Bis Kriegsende rollten die Züge aus dem Deutschen Reich in der Folge in das besetzte Osteuropa, besonders viele fuhren in das Ghetto Theresienstadt sowie in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

<https://www.derhauptstadtbrief.de/es-ist-ein-schauerlicher-zustand/> / eingesehen am 30. Oktober 2021

Bundesweit:

Anne Frank auf Deportation von Auschwitz nach Bergen-Belsen

Am 28. Oktober 1944 verließ ein Transport mit 1.308 jüdischen weiblichen Gefangenen das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau mit Zielort Konzentrationslager Bergen-Belsen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit waren bei diesem Transport die Schwestern Anne und Margot Frank dabei.

<https://twitter.com/AuschwitzMuseum/status/1453668068052320272> / eingesehen am 28. Oktober 2021

Bundesweit:

Josef Schuster mahnt zu Geschichtsbewusstsein

Zur Feier des Reformationstags der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in der Wiesbadener Lutherkirche hielt Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden, den Impulsvortrag. Er mahnte zu Geschichtsbewusstsein. Auszug aus der Rede: „Antisemitismus und Rassismus sind die Todfeinde der Demokratie. Sie zielen zunächst auf Minderheiten. Gemeint ist aber unsere offene Gesellschaft. Seit mehr als einem Jahr können wir einen massiven Antisemitismus auf den Demos der Corona-Leugner und sogenannten Querdenker erleben. Es ist wahrlich kein neues Phänomen, dass Minderheiten in Zeiten von Krisen wie zum Beispiel während der Pest im Mittelalter zum Sündenbock gemacht werden. Und dennoch erschüttert es, dass in unseren vermeintlich aufgeklärten Zeiten zigtausende Menschen durch die Straßen laufen, sich gelbe ‚Judensterne‘ auf denen ‚ungeimpft‘ steht, anheften. Sie imaginieren für sich ein Verfolgungsschicksal, wie das von Anne Frank, und schwadronieren gleichzeitig von einer ‚Judenpresse‘ und ‚jüdischen Weltverschwörung‘. Diese Demonstrationen sind eine gefährliche Melange, die Rechtsextremisten als Einfallstor nutzen, um gegen Minderheiten zu hetzen und für die sogenannte Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden – um letztlich unsere Demokratie zu untergraben. Wer Verschwörungsmymen als ungefährlchen Unsinn einiger weniger Spinner und ‚Aluhüte‘ abtut, denen ja kein vernünftiger Mensch glauben könne, der sei auf die repräsentative Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung vom Juli 2020 verwiesen. Demnach glauben 16 Prozent der Einwohner Deutschlands, dass Bill Gates allen Menschen Mikrochips einpflanzen wolle. 16 Prozent!“

<https://www.ekhn.de/aktuell/detailmagazin/news/juedischer-zentralrats-praesident-schuster-sieht-kirchen-als-starke-partner.html> / eingesehen am 2. Februar 2022

November

Bundesweit:

Zehn Jahre danach - NSU und offene Fragen

Der 4. November 2011 markiert das Ende des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Der NSU hatte in der Zeit zwischen 1999 bis 2011 wenigstens neun Morde an Migranten begangen, in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen und ihren Kollegen A. schwer verletzt sowie drei Bombenanschläge und 15 Raub- und Banküberfälle mit zahlreichen zum Teil lebensgefährlich Verletzten in der Bundesrepublik verübt. Nach einem misslungenen Banküberfall von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Eisenach am 4. November 2011 töteten sich die Rechtsterroristen. Zehn Jahre später sind weiterhin viele Fragen noch offen – trotz des Strafprozesses und zahlreicher Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern.

So gab es an den Tatorten des NSU zahlreiche anonyme DNA-Spuren, die man bis heute niemanden zuordnen kann; jedoch keine DNA-Spuren der Rechtsterroristen. Eine Besonderheit des Tatorts war in Heilbronn gegeben: hier hat ein intensiver Körperkontakt zwischen Tätern und Opfern bei der Entwaffnung der Polizisten stattgefunden. Es finden sich jedoch auch hier keine DNA-Spuren von Mundlos und Böhnhardt. Offen ist, ob der NSU bei den Banküberfällen und beim Angriff auf die Polizisten in Heilbronn Vorbilder hatte. Traditionell pflegen deutsche und schwedische Neonazis enge Kontakte. In Schweden wurde am 28. Mai 1999 ein bewaffneter Raubüberfall von Neonazis auf eine Bank in Kisa, 200 km südlich von Stockholm, begangen. Auf ihrer Flucht beschossen die Täter einen unbeteiligten Polizeiwagen. Die Beamten konnten ihr Fahrzeug verlassen, wurden bei der Schießerei jedoch außerhalb des Streifenwagens verletzt. Die Täter entrißen den Polizisten ihre Pistolen und töteten diese mit einer ihrer Dienstwaffen. Einem Beamten wurde in die Stirn geschossen, dem anderen in den Hinterkopf. Eiskalter Polizistenmord – Vorbild für den NSU?

Auffallend häufig erfolgten die Mordanschläge der NSU-Terroristen am Wochentag Mittwoch (sechs von zehn). Auch die Tat in Heilbronn wurde an einem Mittwoch im April 2007 verübt. In der rechtsextremen Szene hat der Mittwoch als „Wotanstag“ oder „Odinstag“ der germanischen Mystik eine symbolische Bedeutung.

Sowohl bei der Übernahme eines angemieteten Wohnmobils im Oktober 2011 in Schreiersgrün (Sachsen), als auch bei einem Besuch des Tierarztes in Zwickau Anfang 2011 erschien Zschäpe in Begleitung eines unbekanntes Kindes. Im letzten von Böhnhardt und Mundlos als Fluchtfahrzeug gemieteten Wohnmobil war auffällig viel Kinderspielzeug. Ebenso stellt sich die Frage, wieso Polizistenwaffen und Raubgeld aus diversen Banküberfällen im Wohnmobil transportiert wurden. Nach wie vor sind Herkunft und Erwerb der Mehrzahl der Waffen im NSU-Besitz ungeklärt.

Der bundesweit bekannte Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt, 2021 verstorben, wohnte 2006 in der Mallinckrodtstraße Nr. 278, während das Opfer Mehmet Kubasik auf Höhe der Nr. 190 vom NSU ermordet wurde. In der Nähe hatten unter anderem auch die Rechtsextremisten Karin L., Erich D. und Peter G. ihre Wohnungen. Zufall?

Bei der Nürnberger Zeitung wurde nach dem vom Zschäpe entfachten Brand der Zwickauer Wohnung ein Bekennerbrief des NSU abgegeben. Auf dem Umschlag fanden sich weder Briefmarken noch Poststempel. Dass Zschäpe die Sendung nach Nürnberg brachte, gilt als ausgeschlossen. Sie stellte sich mindestens zwei Tage, bevor der Brief das Verlagshaus erreichte. Wer war der Überbringer?

Viele offene Fragen, hier nur ansatzweise skizziert, werden wohl für immer unaufgeklärt bleiben.

Baden-Württemberg:

Unaufgeklärter Mord jährt sich

In den frühen Morgenstunden des 4. November 1990 wurde die Leiche des 28-jährigen Musikstudenten Rafael Blumenstock auf dem Ulmer Münsterplatz entdeckt – blutüberströmt und mit verstümmeltem Gesicht. Die Mörder hatten ihr Opfer mit Tritten malträtirt, 21 Mal mit voller Wucht auf ihn eingestochen und mit Schnitten entstellt. Blumenstock fiel im Stadtbild auf, weil er sich auch mal schminkte und Frauenkleidung trug. Dieser Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Eine rechte Tatmotivation kann nicht ausgeschlossen werden.

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/true-crime-podcast_akte-suedwest_-folge-15_-der-tote-vom-ulmer-muensterplatz_-der-mordfall-rafael-blumenstock-59738987.html /
eingesehen am 1. November 2021

<https://www.aida-archiv.de/2020/11/04/gegen-das-vergessen-der-mord-an-rafael-blumenstock-in-ulm/>
eingesehen am 1. November 2021

Bundesweit:
**NS-Pogromnacht gerät in
 Vergessenheit**

Der 9. November steht für viele Deutsche vor allem für den Mauerfall. In einer Forsa-Umfrage nannten 31 Prozent von 1003 Teilnehmern auf die Frage nach dem Datum spontan die DDR-Grenzöffnung 1989. An die NS-Pogromnacht vom 9. November 1938 denken hingegen nur 13 Prozent der Befragten.

<https://www.mz.de/panorama/9-11-viele-denken-an-mauerfall-wenige-an-ns-pogromnacht-3270520/> / eingesehen am 10. November 2021

Bundesweit:
**AfD, Antisemitismus und Corona-
 Infektionszahlen**

Eine repräsentative Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Zentralrats der Juden in Deutschland zeigt bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD auffällig hohe Zustimmungsraten zu jüdenfeindlichen Kommentaren. Ein hoher Anteil der Befragten stimmte in der Studie Aussagen zu, die als jüdenfeindlich zu werten sind. So bejahten 21 Prozent die Aussage, dass das „was Juden heute mit Palästinensern machen“, im Prinzip „nichts anderes als das“ sei, „was die Nationalsozialisten mit Juden gemacht haben“. Für Befragte, die angaben, die AfD zu wählen, gilt dies für 32 Prozent. Israel wird durch diese Aussage dämonisiert und delegitimiert, die industriell betriebene Vernichtung von Juden wird relativiert. 24 Prozent der Befragten und 50 Prozent der befragten AfD-Wähler und Wählerinnen bejahten die Aussage, dass Juden „einen starken Einfluss auf die Politik in Deutschland“ hätten. 30 Prozent der gesamten Befragten und 59 Prozent der befragten AfD-Wähler und Wählerinnen stimmten zu, dass Juden „für sich einen Vorteil aus der deutschen Schuld am Holocaust“ zögen.

Wo die AfD in der Bundestagswahl 2017 gut abgeschnitten hat, ist einer Studie von Wissenschaftlern der Teilinstitute Jena und Bielefeld des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt und des Helmholtz Zentrums München zufolge auch der Anstieg der Corona-Infektionszahlen in den beiden Expansionsphasen der Pandemie im Frühjahr 2020 sowie im Herbst/Winter 2020 besonders hoch gewesen. Zusammenfassend heißt es in der Studie: „Die Ergebnisse zeigen hohe signifikante Effekte der AfD-Zweitstimmenanteile auf die Anstiege der Infektionszahlen in beiden Wellen – sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.“

Eine weitere Forsa-Studie, ursprünglich vom Bundesgesundheitsministerium von Jens Spahn (CDU) in Auftrag gegeben, ergab, dass etwa zwei Drittel aller erwachsenen ungeimpften Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik für die AfD und die Querdenker-Partei dieBasis votieren. Demnach haben 50 Prozent der ungeimpften Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl im September 2021 ihr Kreuz bei der AfD gemacht. Bei der Wahl erreichte die AfD 10,3 Prozent der Zweitstimmen. Weitere 15 Prozent der Befragten votierten für die dieBasis (Bundestagswahl: 1,4 Prozent).

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article234946436/Antisemitismus-AfD-Anhaenger-stimmen-Aussagen-besonders-haeufig-zu.html> / eingesehen am 10. November 2021

<https://budrich-journals.de/index.php/zrex/article/view/38483> / eingesehen am 2. Februar 2022

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-und-die-afd-zwei-von-drei-ungeimpften-waehlen-rechte-parteien-a-da3157d2-c123-4796-898a-9f6bb35ee918> / eingesehen am 11. November 2021

Baden-Württemberg:
**Gurs 1940. Die Deportation der
 jüdischen Bevölkerung aus Baden,
 der Pfalz und dem Saarland**

Am 22. Oktober 1940 wurden in Baden, dem Saargebiet und der Pfalz rund 6.500 Menschen jüdischen Glaubens von der Gestapo und Polizeibeamten in das französische Internierungslager Gurs deportiert. Vor allem ältere Menschen starben in Gurs an Entkräftung und Epidemien. Viele andere wurden ab 1942 in die Vernichtungslager im Osten deportiert und dort ermordet. Anlässlich des 80. Gedenktags der Deportation erarbeitete das Landesarchiv Baden-Württemberg eine Datenbank mit den Biogrammen der verschleppten Mitbürgerinnen und Mitbürger, um die Erinnerung an dieses Verbrechen wach zu halten. Jedes einzelnen Menschen soll in seiner Individualität und Würde gedacht werden. Am 11. November 2021 wurde das neue Online-Angebot in Gegenwart zahlreicher Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Karlsruhe der Öffentlichkeit vorgestellt. Rami Suliman, der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Baden, betonte in seinem Grußwort die Bedeutung des Projekts: Für die Opfer der Deportation sei nun ein Ort geschaffen, der den Raum für das im jüdischen Glauben so wichtige Gedenken an die Toten sichere.

Die Datenbank wird betreut durch das Generallandesarchiv Karlsruhe. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte durch die Kommunen und Bundesländer, die in der Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs zusammenarbeiten.

Rückfragen und Anregungen zu dem Projekt sind willkommen: glakarlsruhe@la-bw.de

An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, dass der damalige AfD-Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, Jörg Meuthen, am 20. Januar 2017 im Haushaltsausschuss des Landtags einen Antrag gestellt hatte, mit dem er der NS-Gedenkstätte Gurs die Fördergelder komplett entziehen wollte. Die finanzielle Unterstützung der Gedenkstätte sei „in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht zu erklären. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben“, lautete die Begründung der AfD zur Streichung des Betrags von 120.000 Euro. Ein weiterer AfD-Antrag vom gleichen Tag zielte darauf ab, dass Zuschüsse für Fahrten zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ umgewidmet werden für Fahrten zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“. Eine „einseitige Konzentration“ auf zwölf Jahre NS-Unrecht sei dagegen „abzulehnen“.

Auf die Pressemitteilung der AfD zur Gedenkstätte Gurs reagierte die Israelitische Religionsgemeinschaft mit „fassunglosem Entsetzen“. „Die AfD offenbart eine völlige Unkenntnis der furchtbaren Geschichte der Deportation der badischen Juden [...] nach Gurs. [...] Die Erinnerung an die Schoa gehört zu den unumstößlichen Fundamenten der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“, führte Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, aus. Am 8. Februar 2017 gab Meuthen kund, dass der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Streichung des Zuschusses für die finanzielle Unterstützung der NS-Gedenkstätte in Gurs zurückgezogen werde. „Dieser Antrag beruhte auf einem Irrtum meiner Fraktion“, so Meuthen.

<https://www.leo-bw.de/themen/gurs/> / eingesehen am 1. November 2021

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthen-von-afd-ist-gegen-gelder-fuer-ns-gedenkstaette-14726516.html> / eingesehen am 1. Februar 2022

<https://afd-fraktion-bw.de/aktuell/233/Gedenkst%C3%A4tte+Gurs/> / eingesehen am 1. Februar 2022

**Bundesweit:
Straftaten mit antisemitischem
Hintergrund**

Für das dritte Quartal 2021 wurden dem Bundeskriminalamt über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK) insgesamt 418 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund (PMK -rechts-: 376) gemeldet, darunter waren fünf Gewalttaten (PMK -rechts-: vier). Zu diesen Straftaten wurden bislang insgesamt 173 Tatverdächtige ermittelt (PMK -rechts-: 152).

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2021, BT-Drs. 20/38 vom 11.11.2021:

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/000/2000038.pdf> / eingesehen am 3. Dezember 2021

**Bundesweit:
Ehemalige KZ-Häftlinge
gegen Staatsgelder für
AfD-nahe Stiftung**

Die 1946 ins Leben gerufene Lagergemeinschaft Dachau, der Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers, fordert die Ampel-Parteien auf zu verhindern, dass die 2017 gegründete AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES; Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach, Ex-CDU-MdB und frühere Präsidentin des Bundes der Vertriebenen) Steuergeld bekommt. Es handele sich um eine Stiftung, deren „zentrale Akteure tief im Milieu der Neuen Rechten verwurzelt“ seien, heißt es in einem Brief an die Parteispitzen von SPD, Grüne und FDP. Der Holocaust-Überlebende Ernst Grube, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau und sein Vize Jürgen Müller-Hohagen erklären: Für Stiftungen, welche „die demokratischen Grundsätze unserer Gesellschaft untergraben, oder geeignet sind, die Würde der Menschen zu verletzen, darf es keine öffentlichen Mittel geben“. Mit dem zweiten Einzug der AfD in den Bundestag stehen der DES entsprechend der bisherigen Praxis für parteinahe Stiftungen finanzielle Mittel zu – in den kommenden vier Jahren geschätzt bis zu 50 Millionen Euro. Dagegen wenden sich auch andere Kritiker, wie z.B. die Anne Frank-Bildungsstätte in Frankfurt am Main, die davor warnen, einen Think Tank für die Rechten aus dem Staatshaushalt zu fördern.

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/erasmus-stiftung-afd-dachau-lagergemeinschaft-1.5463892> /eingesehen am 14. November 2021

Baden-Württemberg:
**Neonazi-Gedenken,
 z.B. in Wangen und Kandern**

Aktivisten der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg haben am Volkstrauertag (14. November) das Kriegerdenkmal in Wangen (Ortsteil der Gemeinde Öhningen im Landkreis Konstanz) aufgesucht. „Es wurden Kerzen entzündet, um jener zu gedenken, die in beiden Weltkriegen bereitwillig ihr Leben für die Verteidigung ihres Vaterlandes hingaben. Das Lied ‚Wenn alle untreu werden‘ wurde angestimmt und der Helden unseres Volkes mit einer Schweigeminute gedacht. Nach der Verlesung eines Gedichtes fand das Gedenken mit dem ‚Lied vom guten Kameraden‘ einen würdigen Abschluss“, so ein Bericht der Neonazis.

Zum „Heldengedenken“ rief auch die NPD Baden-Württemberg auf. Zwei Einwohner der Stadt Kandern (Landkreis Lörrach) berichteten der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, sie hätten einige Tage nach dem Volkstrauertag am Kriegerdenkmal auf dem Böscherzen neben einem Kranz der Stadt Kandern einen weiteren Kranz mit einem schwarz-weiß-roten Band vorgefunden. Außerdem hätten dort sieben Grablichter gestanden. Auf den Fotos, die uns die Einwohner zur Verfügung stellten, ist zu erkennen, dass die Grablichter mit einem NPD-Aufkleber versehen waren. Aufschrift: „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“.

Die Farben Schwarz-Weiß-Rot bildeten die Nationalflagge des Deutschen Reichs bis 1919. Die Weimarer Republik verwendete Schwarz-Rot-Gold. Nach der NS-Machtübernahme wurde Schwarz-Weiß-Rot wieder als Nationalflagge eingeführt, allerdings neben der Hakenkreuzfahne der NSDAP, bis durch das Reichsflaggengesetz von 1935 die Hakenkreuzfahne alleinige Nationalflagge wurde; jedoch blieben die offiziellen Reichsfarben weiterhin bis 1945 Schwarz-Weiß-Rot.

Mitteilungen von zwei Einwohnern der Stadt Kandern (November 2021 und Januar 2022)

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 15. Dezember 2021

Telegram-Kanal der NPD Baden-Württemberg / eingesehen am 12.01.2022

Bayern:
**Neue Ermittlungen nach Brand-
 anschlag vor 30 Jahren**

In der Nacht vom 16. auf den 17. November 1990 kam es in einem Wohnhaus in der Füssener Straße in Kempten zu einem Brand. Ein Großteil der Bewohner, allesamt türkische Staatsangehörige, konnte sich durch einen Sprung aus den Fenstern retten. Die Opfer trugen teilweise schwere Verletzungen davon. Ein fünfjähriger Junge konnte durch die Feuerwehr zwar noch aus dem Haus geborgen werden, verstarb jedoch kurz darauf im Krankenhaus. Bei einer regionalen Zeitungsredaktion ging nach der Tat ein Bekennerschreiben in Runenschrift samt Hakenkreuz ein, in dem sich eine sogenannte Anti-Kanaken-Front-Kempten für den Brandanschlag verantwortlich erklärte: Der „von uns verübte, sehr erfolgreiche Anschlag auf das von Türken bewohnte Haus in der Füssener Straße war erst der Anfang.“ Dann droht das Schreiben weiter: „Wir werden nicht ruhen, bis Kempten von allen un-deutschen Kreaturen befreit ist.“ Und: Kempten werde die „erste Stadt sein“, die „nicht von Schwulen, Linken, Ausländern und anderen Schweinen geplagt“ werde. Die Ermittlungen führten bisher nicht zur Feststellung von Tätern. Ende 2020 wurde das Verfahren wiederaufgenommen, um das Bestehen weiterer Ermittlungsansätze erneut zu prüfen, so die Gemeinsame Pressemeldung der Generalstaatsanwaltschaft München und des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West vom 26. November 2021. Das Verfahren wurde hierzu durch die Generalstaatsanwaltschaft München – Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus – übernommen, die Polizei richtete eine Sonderkommission ein.

*<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/020277/index.html> /
 eingesehen am 26. November 2021*

https://www.allgaeu-zeitung.de/allgaeu/kempten/brandanschlag-in-kempten-1990-polizei-bittet-um-neue-hinweise_arid-350152 / eingesehen am 26. November 2021

<https://www.belltower.news/1990-steckt-eine-anti-kanaken-front-kempten-hinter-dem-mord-an-einem-fuenfjaehrigen-124817> / eingesehen am 30. November 2021

Baden-Württemberg:
Fünfter Jahrestag des Brandanschlags von Pfedelbach

Am 17. November 2016 wurde ein Brandanschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Pfedelbach (Kreis Heilbronn) verübt. Stunden zuvor war das Haus als Flüchtlingsunterkunft Thema im Gemeinderat und der Hohenloher Zeitung. Etwa 40 Menschen sollten zeitnah in das zweistöckige Gebäude einziehen. Der Sachschaden betrug über eine Million Euro. Das Gebäude musste abgerissen werden. Die Täter blieben unbekannt. Nach der Flüchtlingsunterkunft in Pfedelbach brannte am 19. Januar 2017 der geplante Neubau in Neuenstein. Hier wurden die beiden Täter, der 33-jährige W. K. und der 24-jährige S. D., gefasst und verurteilt – sie sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Die Täter gehörten der einschlägigen Gruppierung „Hohenlohe wacht auf“ an. Es entstand ein Sachschaden von knapp 130.000 Euro.

<https://www.stimme.de/hohenlohe/nachrichten/oehringen/fuenf-jahre-nach-dem-brandanschlag-von-pfedelbach-vortrag-und-diskussion;art1921,4559266> / eingesehen am 23. November 2021

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110980/3584427> / eingesehen am 23. November 2021

Lesetipp: Recherche Nordwürttemberg: Die Täter leben unter uns. Fünf Jahre nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag in Pfedelbach. Die 40-seitige Broschüre erschien im November 2021 und ist zu beziehen bei: recherche-nordwuerttemberg@posteo.de

Bundesweit:
Alice Weidel im Interview mit dem rechtsextremen Magazin Zuerst!

Alice Weidel, AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende und Sprecherin des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, lobt ihre Partei in einem Interview in der November-Ausgabe des rechts-extremen Magazins Zuerst! als „Vorreiter in der deutschen Parteienlandschaft“ in puncto soziale Netzwerke. Politisch will sie die „ungeregelte Zuwanderung wie auch die rechtswidrige Eurorettungspolitik [...] wieder stärker ins Bewußtsein der Bürger rücken. Aber auch die Rückerlangung der Freiheitsrechte der Bürger werden wir stark in den Fokus unserer Arbeit rücken. Wir sind die einzige politische Kraft, die für die Abschaffung aller Freiheitseinschränkungen im Zuge der Corona-Politik eintritt.“

Interview mit Alice Weidel, in: Zuerst!, November 2021, S.32.

Bundesweit:
Vergangenheitsaufarbeitung bei der Bundesanwaltschaft

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die höchste Anklagebehörde der Bundesrepublik, hat ihre Vergangenheit untersuchen lassen. Erstmals wird die Geschichte der Bundesanwaltschaft zwischen 1950 und 1974 erforscht. Bei der Bundesanwaltschaft arbeiteten in den Nachkriegsjahren bis in die 1970er Jahre hinein frühere NSDAP-Mitglieder und NS-Juristen. Die formale Belastung sei „erdrückend“ gewesen, schreiben die Autoren, der Historiker Friedrich Kießling und der Strafrechtler Christoph Safferling, in ihrer mehr als 600 Seiten umfassenden Studie „Staatsschutz im Kalten Krieg“, erstellt im Auftrag des Generalbundesanwalts, die am 17. November als Sachbuch erschien. Erstmals konnten Wissenschaftler Einsicht in teils als vertraulich oder geheim eingestufte Personal-, General- und Verfahrensakten nehmen.

Im höheren Dienst war die NS-Belastung zwischen 1953 und 1959 prozentual am höchsten, als um die 75 Prozent der Mitarbeiter ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. 1966, zu Beginn der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, waren zehn der elf Bundesanwälte früher in der NSDAP. Erst von 1972 an waren ehemalige NS-Juristen klar in der Minderheit. 1974 waren es noch sechs von 15. Der letzte durch eine NSDAP-Mitgliedschaft belastete Bundesanwalt schied laut Studie 1992 aus dem Dienst aus. Kießling und Safferling konstatieren: „Der Nationalsozialismus war auch in den 1970er- und 1980er-Jahren keine ferne Vergangenheit, sondern gerade für nicht wenige des staatlich-politischen Führungspersonals weiterhin ein Teil der eigenen Biografie.“

Eine Person, der sich die Studie besonders intensiv widmet, ist Wolfgang Fränkel, der ab 1951 für die Bundesanwaltschaft arbeitete und dessen Amtszeit als Generalbundesanwalt 1962 nach nur wenigen Monaten mit einem „der größten NS-Skandale in der alten Bundesrepublik“ endete. Fränkel hatte zwischen 1936 und 1943 bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig dutzende Todesurteile erwirkt. Vom Bundesjustizminister wurde Fränkel in den Ruhestand versetzt, ein Disziplinarverfahren verlief im Sande. Fränkel lebte bis zu seinem Tod 2010 in Bad Liebenzell, der Bäder- und Kurstadt im nördlichen Schwarzwald. Ausgestattet mit einer üppigen Pension konnte Fränkel 48 Jahre lang seinen Ruhestand genießen.

Friedrich Kießling / Christoph Safferling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, München 2021.

>>>

<https://www.welt.de/geschichte/article235101478/Aufarbeitung-Zehn-der-elf-Bundesanwaelte-von-1966-zaehlten-zur-NSDAP.html> / eingesehen am 18. November 2021

<https://www.sueddeutsche.de/politik/das-politische-buch-als-der-rechtsstaat-auf-der-strecke-blieb-1.5463738> / eingesehen am 14. November 2021

**Baden-Württemberg:
Große Anfrage zu Rechts-
extremismus**

In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zu „Was unternimmt die Landesregierung gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates?“ informiert die Landesregierung über die rechtsextreme Szene. Konstatiert wird, dass es im Land 14 Immobilien gibt, die von rechtsextremen Gruppierungen genutzt werden. Zu den bekanntesten Immobilien, die sich in rechtsextremer Hand befinden, zählt ein Anwesen in Herboldshausen bei Kirchberg an der Jagst. Eigentümer der Immobilie ist der Bund für Gotterkenntnis. Die subkulturelle rechtsextreme Szene nutzt ein gepachtetes Anwesen in Kieselbronn. Sechs rechtsextreme Musikgruppen sind im Land ansässig: Aufbruch (Mannheim), Blutausch (Südbaden), Germanium (Raum Karlsruhe), Kommando 192 (Enzkreis), Kommando Skin (Raum Stuttgart) und Noie Werte (Raum Tübingen). Noie Werte, seit 2011 inaktiv, trat erstmals am 10. Oktober 2020 in Sachsen wieder bei einem Konzert auf. Pandemiebedingt ging die Anzahl an rechtsextremen Musikveranstaltungen in den letzten zwei Jahren deutlich zurück. Am 3. Juli 2021 spielten im Raum Karlsruhe die Szene-Musiker von Renitenz und Mjöllnir auf.

Zu den seit 2019 aktiven rechtsextremen Gruppierungen zählt die Landesregierung neben diversen NPD-Kreisverbänden unter anderem die Neonazi-Kleinstparteien Der III. Weg, Die Rechte, Sektion Süd (Württemberg), Bruderschaft Deutschland und Heidnischer Sturm Pforzheim. Hingewiesen wird im Bericht, dass Querdenken 711 und seine regionalen Ableger in Baden-Württemberg seit Dezember 2020 vom Landesamt für Verfassungsschutz zum Beobachtungsobjekt erhoben wurden. Mit Stand vom 1. Februar 2021 waren noch 21 sogenannte Reichsbürger im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-) konnten mit Stand vom März 2021 32 Haftbefehle nicht vollstreckt werden.

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung. Was unternimmt die Landesregierung gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates? LT-Drs. 17/836 vom 17.09.2021: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0836_D.pdf / eingesehen am 30. November 2021

**Hessen:
Neuer AfD-Landesvorsitzender**

Der Landesparteitag der hessischen AfD in Frankfurt hat am 20. November 2021 den Landesvorstand neu gewählt. Einer von zwei Landessprechern ist Andreas Lichert. Der 46-jährige erhielt mit 109 die meisten der 199 abgegebenen und gültigen Stimmen. Insgesamt waren für den Posten vier Kandidaten angetreten. Der Landtagsabgeordnete gilt als Anhänger des inzwischen formal aufgelösten „Flügels“ der AfD, der vom Verfassungsschutz als „rechtsextreme Bestrebung“ beobachtet wird. Lichert war am Aufbau der Identitären Bewegung beteiligt und Vorsitzender des Vereins für Staatspolitik, dem Trägerverein des rechtsextremen Instituts für Staatspolitik.

<https://www.afd-hessen.de/partei/vorstand-2> / eingesehen am 23. November 2021

<https://www.rtl.de/cms/frankfurt-hessens-afd-rueckt-weiter-nach-rechts-4869552.html> / eingesehen am 21. November 2021

**Ausland / Bundesweit:
AfD-Demonstrationsaufrufe
nach Wien**

40.000 Menschen haben am 20. November unter dem Motto „Demo für die Freiheit“ in der Wiener Innenstadt gegen den angekündigten landesweiten Lockdown protestiert. Auf Plakaten standen Sprüche wie „Nein zur Impfung“, „Genug ist genug“ und „Nieder mit der faschistischen Diktatur“. Zur Demonstrationsteilnahme wurde auch aus Kreisen der AfD aufgerufen. Namentlich: Maximilian Kraus, EU-Abgeordneter, Harald Weyel, Bundestagsabgeordneter, Tomasz Froelich, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, und Artur Abramovych, Bundesvorsitzender der Juden in der AfD. Zudem rief Erik Lehnert, Leiter des Instituts für Staatspolitik (IFS), zur Demoteilnahme auf. Österreichs Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) kritisierte die Radikalisierung der Corona-Demos scharf. Die rechtsextreme Szene habe die Demonstration gekapert. Es seien „altbekannte Neonazis“ und „Vertreter der neuen rechtsextremen Szene“ unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewesen. Bei der Demonstration in Wien habe es auch Vergleiche mit den Gräueltaten der Nazi-Zeit

>>>

gegeben. Nehammer sagte: „Das ist inakzeptabel.“ Unter anderem soll Bundeskanzler Schallenberg mit dem KZ-Arzt Josef Mengele verglichen worden sein.

Zu der Demonstration hatte die Oppositionspartei FPÖ gemeinsam mit Gruppen aus der österreichischen Querdenker-Szene aufgerufen. FPÖ- Parteivorsitzender Herbert Kickl, selbst an Covid-19 erkrankt und in Quarantäne, sprach in Zusammenhang mit dem Lockdown von einer Diktatur. Bei Politically Incorrect war zu lesen: „Es geht in Wien heute [20.11.], und das spürt man in vielen vielen Gesprächen, überhaupt nicht nur darum, dass das System einen Impfwang installieren möchte, und dass sie mit allem Druck die zwei Millionen Österreicher impfen wollen, es geht auch darum, dass viele Menschen gestrichen die Nase voll haben, und diese Form von Drüberfahren und Politik nicht mehr mittragen wollen und nicht mehr werden. Heute beginnt der Aufstand, heute beginnt der massive Widerstand, die letzte Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung. Das höre ich in vielen Gesprächen. Sie wollen und werden einen Generalstreik vom Zaun brechen, der diesem System den Stecker ziehen wird. Wenn eineinhalb oder zwei Millionen ungeimpfte Menschen und mit ihnen die Geimpften, die sich nicht in die dritte, vierte, fünfte, zehnte Nadel per Gesetz treiben lassen wollen, wenn diese Leute ihre Arbeit niederlegen und dem System ihren Konsum, ihr Geld, ihre Finanzen entziehen, dann kommt ein Kollaps und die Politik muss zurückrudern. Das höre ich mit vielen Leuten im Gespräch. Es ist eine revolutionäre Stimmung und es sind 100.000 auf den Straßen. Das gab es noch nie, jetzt beginnt eine Wende.“

<https://www.rnd.de/politik/wien-rechtsextreme-szene-kapert-corona-demo-PNJDPTYGZFGAFBAMJWHHI3AM4A.html> / eingesehen am 22. November 2021

PI-NEWS / eingesehen am 21. November 2021

Info-DIREKT / eingesehen am 20. Dezember 2021

**Bundesweit / Baden-Württemberg:
Rechtsextreme Konzerte und
Liederabende**

Im dritten Quartal 2021 haben in der Bundesrepublik nach Kenntnis der Bundesregierung elf rechtsextreme Konzerte und 23 Liederabende stattgefunden. Ferner fanden im Bundesgebiet von Juli bis September dieses Jahres in diesem Kontext 24 „sonstige Veranstaltungen mit Musikdarbietungen“ statt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervorgeht. Danach wurden zehn der Konzerte von insgesamt 1.237 Personen besucht und 17 der Liederabende von insgesamt 871 Personen, während bei 19 der „sonstigen Veranstaltungen mit Musikdarbietungen“ 1.030 Besucher gezählt wurden. Zu den restlichen zwölf Musikveranstaltungen liegen den Angaben zufolge keine Besucherzahlen vor. Am 3. Juli 2021 fand im Raum Karlsruhe eine rechtsextreme Veranstaltung mit den Szene-Bands Mjöllnir und Renitenz statt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2021, BT-Drs. 20/39 vom 24.11.2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000121.pdf> / eingesehen am 14. Januar 2022

**Baden-Württemberg:
Zeitzeuge als Referent im Gene-
rallandesarchiv Karlsruhe**

Im Rahmen der aktuellen Vortragsreihe „Antisemitismus in Deutschland“ berichtete der österreichische Zeitzeuge und jüdische Journalist Karl Pfeifer am 30. November in einem Gespräch mit der Historikerin und Korrespondentin Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer über sein Leben und seine Erfahrungen als jüdischer Journalist „zwischen allen Stühlen“ (so der Titel eines Filmes über sein Leben aus dem Jahr 2008). Der 93-jährige, Sohn aus einer assimilierten bürgerlichen Familie aus Baden bei Wien, floh 1938, nach dem Einmarsch der Nazis in Österreich, mit seiner Familie nach Ungarn. 1943 kam er mit einem der wenigen Kindertransporte allein nach Palästina, wo bereits ein Bruder lebte. Ab 1948 nahm er am israelischen Unabhängigkeitskampf teil. Ab 1951 hielt sich Pfeifer in Österreich auf, war danach in verschiedenen Ländern im Hotelgewerbe tätig, ehe er sich in den 1970er Jahren wieder in Österreich niederließ und 1979 seine zweite Berufslaufbahn als Journalist begann. Bis 1995 arbeitete Pfeifer als Redakteur des Organs der Israelitischen Kultusgemeinde und darüber hinaus bis heute mit regelmäßigen Publikationen in österreichischen und internationalen Medien wie der in Berlin erscheinenden Jüdischen Allgemeinen. Zugleich erwarb er sich den Ruf als ein sensibler Analytiker des modernen Antisemitismus und dessen Traditionslinien. Zeitzeugengespräche mit Schülerinnen und Schülern sind dem mehrfach ausgezeichneten Journalisten ein wichtiges Anliegen. Die Karlsruher Vortragsreihe wird im kommenden Jahr fortgesetzt, unter anderem am 15. März mit Michael Blume, dem Beauftragten des Landes gegen Antisemitismus.

<https://www.youtube.com/watch?v=5p98q1G1Rog>

Dezember

Bundesweit: Neuaustrichtung der NPD?

„Das NPD-Ergebnis zur Bundestagswahl macht grundsätzliche Überlegungen zur Rolle der Nationaldemokraten nötig“, schreibt der vormalige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete (2004-2014) und langjährige Chefideologe Jürgen Gansel in der Dezember-Ausgabe der NPD-Zeitung Deutsche Stimme. Dennoch sei die NPD „nicht überflüssig geworden und kann für die deutsche Rechte wieder eine richtungsweisende Rolle spielen. Das freilich nicht als reine Wahlpartei, weil für sie bei den nächsten Wahlen nichts zu holen ist. Für Kommunalwahlenantritte kann anderes gelten.“ Fakt sei, dass Rechts- und Protestwähler ihre Heimat bei der AfD gefunden hätten. Burschenschafter Gansel weiter: „Wer von uns hätte es noch vor wenigen Jahren für denkbar gehalten, dass eine vom Mainstream zuerst als ‚rechtspopulistisch‘ und dann sogar als ‚rechtsradikal‘ etikettierte Partei mit 12,6 und 10,3 Prozent zweimal in den Bundestag einzieht? Im Bewusstsein von Millionen Deutschen hat sich etwas zum Besseren verändert, aber davon profitiert die NPD trotz jahrzehntelanger Vorarbeit in keiner Weise.“

Bei der jüngsten Bundestagswahl wurde sie, obwohl sie bundesweit auf den Stimmzetteln stand, nur von 64.574 Landsleuten gewählt. Das bedeutet ein niederschmetterndes Ergebnis von 0,1 Prozent, das selbst vom Minimalziel der Wahlkampfkostenrückerstattung weit entfernt ist. „Damit sei die ‚NPD als Wahlpartei fürs erste gestorben‘ und der ‚Weg für eine strategische Neuaustrichtung als völkische Graswurzelbewegung im ländlichen Raum‘ frei. Potenzial der NPD seien deren ‚politisch erfahrene und entschlossene Mitstreiter. Sie und ihr Umfeld können zur Keimzelle einer neuen Landvolk-Bewegung werden, die im von der herrschenden Politik vergessenen ländlichen Raum die Lebenswelt prägt. [...] Im Fokus steht [...] weiterhin das ländliche Mitteldeutschland, weil hier die Empfänglichkeit für nationales Gedankengut weiterhin viel größer als im Westen ist, die Menschen systemkritischer sind und die Alltagswelt noch deutsch geprägt ist. Genau dort, wo es ethnisch und kulturell intakte Rückzugsräume für Abstammungsdeutsche gibt, muss eine Gegenwelt gegen die Mächte der Zerstörung entstehen. Es geht um eine ethno-kulturelle Reconquista, eine Rückeroberung unseres Landes von fremden und volksfeindlichen Kräften.“

Jürgen Gansel: Neue Landvolk-Bewegung statt reine Wahlpartei, in: Deutsche Stimme, Dezember 2021, S. 45f

Bayern: Extremistische AfD?

Der Bayerische Rundfunk berichtete Anfang Dezember 2021 über den internen Telegram-Chat der Bayern-AfD mit dem Namen Alternative Nachrichtengruppe Bayern. Dort soll unter anderem über gewalttätige Proteste und einen Bürgerkrieg in der Bundesrepublik diskutiert worden sein; die Begriffe Umsturz, Revolution und Bürgerkrieg sollen gefallen sein. In der aus rund 200 Mitgliedern bestehenden Chatgruppe waren 16 der 18 bayerischen Landtagsabgeordneten und elf der zwölf Bundestagsabgeordneten sowie weitere AfD-Politiker vertreten. Die Nachrichten umfassen den Zeitraum von Ende 2017 bis Mitte 2021. Zu den Administratoren der Telegram-Chat-Gruppe zählt Landesvorsitzender Stephan Protschka, Bundestagsabgeordneter und Mitglied im AfD-Bundesvorstand.

Die Inhalte der Chatgruppe bewertet Verfassungsrechtler Klaus Gärditz von der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk als äußerst bedenklich. Die Revolutions-Überlegungen würden suggerieren, dass eine „Machtübernahme jenseits demokratischer Mehrheiten angestrebt“ werde. Zudem bestätigten sie die Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall einzustufen. Dieser Meinung schließt sich auch Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, an. Die Chatnachrichten zeigten nicht von Rechtspopulismus, sondern Extremismus. „Das ist auch ein Aufruf, um Instabilität hervorzurufen“, sagt sie. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte den Verfassungsschutz zum Handeln auf. „Ich finde, jetzt ist wirklich der Anlass, dass der Verfassungsschutz grundlegend die Beobachtung übernimmt und eingeschaltet wird und prüft, was zu tun ist“, sagte Söder. „Wir sind von der AfD viel gewohnt, aber das hat noch einmal eine völlig neue Qualität.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erklärte: „Wenn sich dieser Chat-Verlauf so bestätigen sollte, ist das natürlich ein weiteres Argument, dass eben da schon Wölfe im Schafspelz unterwegs sind, die nach außen immer alle Vorwürfe von sich weisen, aber offensichtlich intern doch über brutalste Gewaltanwendung und Machtergreifung sprechen.“ Der bayerische Verfassungsschutz beobachtet bislang nicht den AfD-Landesverband als solchen, stuft jedoch die Jugendorganisation Junge Alternative und den ehemaligen „Flügel“ als rechtsextrem ein.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-chats-101.html> / eingesehen am 1. Dezember 2021

>>>

<https://www.merkur.de/bayern/herrmann-zusaetzliche-argumente-fuer-afd-beobachtung-pruefen-zr-91151738.html> / eingesehen am 1. Dezember 2021

<https://www.frankenpost.de/inhalt.generalstaatsanwaltschaft-ermittelt-soeder-sieht-verfassungsschutz-wegen-afd-chat-in-der-pflicht.415f9167-c09c-4367-9b3d-fa47e19c8ed1.html> / eingesehen am 2. Dezember 2021

<https://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/situation/parteien/index.html> / eingesehen am 14. Januar 2022

**Bundesweit:
Holocaust-Leugnerin ruft wegen
Corona-Maßnahmen zum Wider-
stand auf**

Die einschlägig vorbestrafte und knasterfahrene Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck (Jahrgang 1928) erklärt angesichts der Maßnahmen gegen Corona: „Es entsteht der Eindruck, daß diese Politik für Kranke gemacht wird, aber nicht für die Millionen Gesunden. Was bleibt also zu tun? Die Gesunden müssen sich wehren.“ Veröffentlicht wurde das Schreiben, dessen Adressat „die maßgeblich Beauftragten der politischen Gesundheitsbehörden“ sind, von der militant antisemitischen Neonazi-Kleinpartei Die Rechte. Am Ende des Textes heißt es nochmals: „Was bleibt zu tun? Daß man sich wehrt.“

2019 war Haverbeck Spitzenkandidatin der Partei Die Rechte bei der Europawahl. Auf dem Bundeskongress der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen im Februar 2012 in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) wurde sie als „Frau des Jahres 2011“ geehrt. Haverbeck-Wetzel war Vorsitzende der 1963 gegründeten rechtsextremen Schulungsstätte Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e. V. (CH) im nordrhein-westfälischen Vlotho. 2008 wurde das gemeinnützige Collegium Humanum und dessen Ableger, der Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten, von Bundesinnenminister Schäuble verboten. Die Verbote erfolgten, da Zwecke und Tätigkeiten der Vereine den Strafgesetzen zuwiderliefen und diese sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten. Die Vereinstätigkeiten bestanden aus antisemitischer und revisionistischer Propaganda, Leugnung des Holocaust und Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Eine rechtsextreme Vita hatte auch ihr 1999 verstorbener Mann Werner Georg Haverbeck. 1932 war er als 23-jähriger in der Reichsjugendführung der Hitlerjugend für die weltanschauliche Schulung zuständig. 1933 begründete Haverbeck den Reichsbund Volkstum und Heimat. Zeitweilig war er im Stab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Nach 1945 amtierte Haverbeck als Pfarrer der anthroposophisch beeinflussten Bewegung für religiöse Erneuerung – die Christengemeinschaft. Von 1973 bis 1979 hatte er eine Professur für Angewandte Sozialwissenschaften an der FH Bielefeld inne.

Homepage Die Rechte / eingesehen am 1. Dezember 2021

**Bundesweit:
Aktionstag gegen Hasspostings**

Beim 7. Aktionstag zur Bekämpfung von Hassposting ging die Polizei am 1. Dezember in einer bundesweiten Aktion wieder gemeinsam gegen strafbare Posts im Internet vor. Bedrohungen, Nötigungen oder Volksverhetzungen im Netz sind Straftaten, die mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden können. Die polizeilich erfassten Fallzahlen von Hasspostings weisen für 2020 erneut einen starken Anstieg auf. So registrierte die Polizei im vergangenen Jahr mit 2.607 Fällen von Hasspostings 71,1 Prozent mehr Fälle als noch 2019 (2019: 1.524).

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/7/5087280> / eingesehen am 10. Dezember 2021

**Bundesweit:
Corona-Pandemie wird in Europa
zur Eliten-Kritik instrumentalisiert**

Am 1. Dezember 2021 wurde in einer Fachveranstaltung in Dresden die 4. Jahresstudie des Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM) öffentlich vorgestellt. Untersucht wurden soziale Medien und populistische Einstellungen in Zeiten der Pandemie. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass mit der Pandemie rechtspopulistische Parteien ihr Alleinstellungsmerkmal noch einmal verstärkt haben. Die Analyse der offiziellen Facebook-Kanäle rechtspopulistischer Parteien in zwölf europäischen Ländern zeigt, dass Corona ein wichtiges Mobilisierungsthema ist und zur Erschließung populistischer Wählerschichten genutzt wird. Staatliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind zu einer Projektionsfläche für polemisch und emotional aufgeladene Regierungskritik geworden. „Im Kern geht es für die meisten Rechtspopulisten auch in der Pandemie darum, sich als einzige Alternative zu den bestehenden Parteien zu inszenieren. Auch deswegen vollzogen oppositionelle Rechtspopulisten in Europa einen radikalen Kurswechsel zu Beginn der Pandemie: von Befürwortern

zu scharfen Kritikern der Schutzmaßnahmen“, so Professor Hans Vorländer, Direktor des MIDEM. Mit Blick auf die AfD zeigt die Studie, dass ihr populistischer Stil ausschlaggebend ist, dass sich zahlreiche Coronaskeptikerinnen und -skeptiker hinter der Partei versammeln.

<https://forum-midem.de/netzwerk/pressemitteilung-midem-jahresstudie-2021> / eingesehen am 2. Dezember 2021

**Bundesweit:
Antiziganistische Straftaten**

In den ersten neun Monaten dieses Jahres ist es in der Bundesrepublik laut Bundesregierung mit Stand vom 23. November zu insgesamt 74 antiziganistischen Straftaten gekommen. Darunter waren acht Gewaltdelikte, so die Bundesregierung. Danach stieg die Zahl der antiziganistischen Straftaten von 41 im Jahr 2017 über 63 im Folgejahr und 78 im Jahr 2019 auf 128 im vergangenen Jahr.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess und der Fraktion der AfD. Erfassung antiziganistischer Straftaten in dem Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 30. September 2021, BT-Drs. 20/162 vom 01.12.2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000162.pdf> / eingesehen am 3. Februar 2022

**Bundesweit:
Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD**

Unter dem Titel „Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis“ hat die Otto Brenner Stiftung (OBS), die Wissenschaftsstiftung der IG Metall (Sitz in Frankfurt am Main), eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (OBS-Arbeitspapier 52, Erscheinungsdatum 2. Dezember 2021) vorgelegt. Seit einigen Jahren versucht die AfD sich von ihrem Image als neoliberale „Professoren-Partei“ zu befreien und stattdessen als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und „den kleinen Mann“ aufzutreten. Fakt sei, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2021 bei männlichen Arbeitnehmern nach der SPD zweitstärkste Kraft wurde, so die Studie. Auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer wählen die rechtspopulistische Partei regelmäßig häufiger als die Durchschnittsbevölkerung. Die Studie untersucht erstmalig, ob diesem Imagewandel auch eine veränderte politische Haltung zugrunde liegt: Dafür wurden die Partei- und Wahlprogramme sowie alle wirtschafts- und sozialpolitischen Parlamentsinitiativen zwischen 2017 und 2020 analysiert. Das Ergebnis: „Die soziale Rhetorik ist die oberflächliche Fassade einer Partei, die in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen fest in neo- und ordoliberalen Denktraditionen eingebunden bleibt.“

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien-2021/wirtschafts-und-sozialpolitik-der-afd> / eingesehen am 2. Dezember 2021

**Bayern:
Reichsbürger beim Bundesnachrichtendienst**

Ein beim Bundesnachrichtendienst beschäftigter Regierungsobersekretär, der die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnete, wurde im Disziplinarwege aus dem Beamtenverhältnis entfernt, so eine Mitteilung des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Dezember. Der Beklagte hatte beim Landratsamt Starnberg einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragt und dabei unter anderem als Geburts- und Wohnsitzstaat jeweils „Königreich Bayern“ angegeben und sich auf das „RuStAG Stand 1913“ (= Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung von 1913) bezogen. „Darin liegt objektiv die im Behördenverkehr abgegebene Erklärung“, so das Bundesverwaltungsgericht, „dass die Bundesrepublik Deutschland nicht besteht. Als Beamter weiß er um die Bedeutung eines so formulierten Antrags.“ Da eine Leugnung der Bundesrepublik Deutschland nicht mit der von Beamten geforderten Verfassungstreue in Einklang zu bringen ist, konnte der Geheimdienstmitarbeiter aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden.

<https://www.behoerden-spiegel.de/2021/12/11/reichsbuerger-beim-bnd/> / eingesehen am 12. Dezember 2021

**Hessen:
Brandanschlag auf Corona-Test-Center**

Vermutlich von Corona-Leugnern wurde am Abend des 2. Dezember ein Brandanschlag auf ein Corona-Test-Center in Wiesbaden verübt. Hinterlassen wurden Flyer mit Querdenker-Parolen. Der Schaden wird auf ca. 30 000 Euro geschätzt.

<https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/die-spur-fuehrt-zu-querdenkern-brandanschlag-auf-test-zentrum-78423252.bild.html> / eingesehen am 2. Dezember 2021

Sachsen:
**Neonazi-Aufmarsch vor dem Haus
 der Gesundheitsministerin**

Etwa 30 rechtsextrem motivierte Corona-Leugner, unter anderem aus dem Umfeld der rechtsextremen Kleinpartei Freie Sachsen, sind am Abend des 3. Dezember vor dem Wohnhaus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) mit Fackeln, Trillerpfeifen, Trommeln und Plakaten aufmarschiert. Rund ein Fünftel der Demonstranten waren der Polizei bereits als Rechtsextremisten bekannt. Auf einem Video bei Twitter ist zu sehen, wie sich die Menschen vor dem Haus versammeln und „Friede, Freiheit, keine Diktatur“ skandieren. Die Polizei erstattete Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und prüft Verstöße gegen die Corona-Verordnung. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker solidarisierten sich mit Köpping. Parteiübergreifend wurde der Fackel-Protest als Einschüchterungsversuch im privaten Rückzugsbereich von Köpping gewertet. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach in Erinnerung an die Kampforganisation der NSDAP von „Methoden, die hat die SA erfunden“. Fakt ist, dass die Nationalsozialisten nächtliche Fackelzüge gezielt als Teil ihrer Gewaltsymbolik nutzten, etwa bei dem Aufmarsch durch das Brandenburger Tor nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933.

Freie-Sachsen-Vize Stefan Hartung kommentierte den Aufmarsch mit den Worten: „Dabei haben die, die den staatlichen Maßnahmenerror tagtäglich in ihrem Privat- und Geschäftsleben ertragen müssen, berechtigterweise ihre Wut und Verzweiflung dorthin getragen, wo sie hingehört: Zu den Verantwortlichen! Gerade Frau Köpping ist ja ein Musterbeispiel für Bürger-Ferne“. Hartung weiter: „Insofern darf man es zwar zurecht kritisch sehen, dass man sie daheim besuchte, aber was ist denn nun eigentlich konkret Schlimmes passiert? Genau: Nix. [...] Solang uns diese Politiker weiterhin mit ihrem Wahnsinn um unsere Freiheit und Zukunft bringen wollen, bleiben wir am Ball! Versprochen!“ Nur zwei Tage nach dem Aufmarsch bei Köpping versuchten 400 Personen, vor das Privathaus von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zu gelangen, die Polizei konnte sie stoppen. Einschüchterung im privaten Rückzugsbereich, nennt man das Vorgehen der Demonstranten.

Die Partei Freie Sachsen, zentraler Akteur der Corona-Proteste in Sachsen, wurde Ende Februar 2021 im Erzgebirge gegründet. Sie fordert in ihrem Programm unter anderem den „Säxit“ – einen Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik – und dass „Verwaltungsleute, Richter und Journalisten aus dem Westen“ in Führungspositionen „geregelt in ihre Heimatländer“ zurückgeführt werden. Wert legen die Parteiaktivisten darauf, nicht als „typische Partei“ wahrgenommen zu werden. Stattdessen wird der „Bewegungscharakter“ beschworen – „so haben wir beispielsweise Doppelmitgliedschaften mit anderen Organisationen per Satzung genehmigt, um die Vernetzung noch breiter zu gestalten.“ Seit Juni 2021 stehen die Freien Sachsen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Ihren Telegram-Kanal haben fast 130.000 Nutzer abonniert. Vorsitzender der Gruppierung, die sich als „eine neue Bürgerbewegung, die sich die Vernetzung der politischen Opposition in Sachsen zum Ziel gesetzt hat“, definiert, ist der Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der wie sein Parteifreund Robert Andres der rechtsextremen Bürgerbewegung Pro Chemnitz angehört, die 2018 die ausländerfeindlichen Demonstrationen in Chemnitz angemeldet hatte. Zur öffentlich auftretenden Führungsriege gehört auch Stefan Hartung, seit 2005 Mitglied der NPD und Beisitzer im Landesverband der rechtsextremen Partei, für die er unter anderem im Rat des Erzgebirgskreises sitzt. Ableger der Freien Sachsen gibt es unter anderem mit den Freien Schwaben auch in Baden-Württemberg. Im Umfeld der Freien Sachsen tummelt sich die „SVM Sächsische Versand und Medien UG (haftungsbeschränkt)“ in Schwarzenberg (Erzgebirgskreis). Geschäftsführer ist Jens Döbel. Im Angebot sind Aufkleber mit der Forderung „Kretschmer verhaften“. Döbel war es, der am 12. Oktober 2015 bei einer Pegida-Demonstration in Dresden mit einer Galgenatruppe für Schlagzeilen sorgte, die er namentlich für Sigmar Gabriel und Kanzlerin Angela Merkel reserviert hatte. Die Staatsanwaltschaft Dresden sah den Galgen durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/konkurrenz-von-rechtsextremen-afd-fuerchtet-anhaenger-an-freien-sachsen-zu-verli-78700736.bild.html###wt_ref=https%3A%2F%2Ft.co%2F&wt_t=1641194216685 / eingesehen am 3. Januar 2022

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-corona-protest-mit-fackeln-vor-wohnhaus-von-petra-koeping-a-cac2c68f-5c5a-4158-a08f-6ee28091709b> / eingesehen am 4. Dezember 2021

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-protest-in-sachsen-politiker-verurteilen-fackel-aufmarsch-bei-petra-koeping-a-3daeab8a-f115-47a7-a2f1-afa7eed0e856#ref=rss> / eingesehen am 4. Dezember 2021

<https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2021/12/der-freien-sachsen-werk-und-woellers-beitrag-423762> / eingesehen am 4. Dezember 2021

>>>

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 8. Dezember 2021

Facebook Freie Sachsen / eingesehen am 6. Dezember 2021

**Baden-Württemberg:
Neonazis in Heilbronn**

Unter dem Motto „Ächtet den alliierten Bombenterror!“ hat die Neonazi-Kleinpartei Der III. Weg nach Angaben auf ihrer Homepage ein „Gedenken“ in Heilbronn durchgeführt. So wollen sich anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung Heilbronn am 4. Dezember 1945 Aktivisten des III. Weges am 5. Dezember auf dem Heilbronner Ehrenfriedhof zu einer stillen Andacht versammeln haben.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 5. Dezember 2021

**Brandenburg:
Querdenker begeht erweiterten
Suizid**

Am 4. Dezember wurde in einem Einfamilienhaus in Senzig, einem Ortsteil von Königs Wusterhausen (Brandenburg), eine getötete Familie entdeckt. Nach bisherigen Ermittlungen soll der Familienvater, ein 40 Jahre alter Berufsschullehrer, erst die Kinder im Alter von vier, acht und zehn Jahren, dann seine gleichaltrige Frau und anschließend sich selbst mit einer Schusswaffe getötet haben. Für die Pistole, mit der getötet wurde, besaß Impfgegner Devid R. keinen Waffenschein. In einem Abschiedsbrief soll der Vater seine Sorge vor einer Verhaftung mitgeteilt haben, weil er das Impfbuch seiner Frau habe fälschen lassen. An der Technischen Hochschule Wildau, an der sie tätig war, fiel dieser Schwindel offenbar auf. R. befürchtete, das Jugendamt könne ihm als Impfgegner „die Kinder wegnehmen“.

Die Querdenken-Szene beschwört in Telegram-Gruppen die omniprésente Bedrohung gegen ihre Kinder, die vom Staat ausgeht und gegen die Eltern in Stellung gehen müssten. Auf Telegram wird offen zum Mord an Politikern aufgerufen, und es finden sich mit wenigen Klicks Gleichgesinnte, die bereit sind, dem Onlinehass Taten folgen zu lassen. So sprachen in Dresden Mitglieder einer Impfgegnergruppe darüber, den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) „aufzuhängen“.

Der mutmaßliche Gewalttäter von Königs Wusterhausen, Devid R., war Mitglied in Telegram-Chatgruppen der Querdenken-Szene, wie etwa seit dem 25. November 2021 Mitglied der Chatgruppe Freiheitsboten Königs Wusterhausen (Mitglieder u.a. Andreas Kalbitz, Ex-AfD-Landesvorsitzender Brandenburg, Dennis Hohloch, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg) und einer Chatgruppe des baden-württembergischen Impfgegners Bodo Schiffmann. Außerdem spendete er als Förderer an die AfD. Bei den Freiheitsboten Königs Wusterhausen schrieb ein Gruppenmitglied wenige Stunden nach dem erweiterten Suizid von R.: „Er war ein gewonnener Freund ebenso wie seine Frau. Somit haben wir auch ein Parteimitglied aus ‚Die Basis‘ verloren.“ Den Mehrfachmord des Querdenkers kommentierte Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer mit den Worten: „So furchtbar der Vater handelte – er ist nicht der Alleinschuldige. Die feinen Damen und Herren aus der Politik haben mitgeschossen, ihn in diese Tat getrieben.“

<https://www.rnd.de/politik/mutmasslicher-moerder-von-senzig-war-in-impfgegner-telegram-gruppen-aktiv-PGXVJ3SFMZBL3D5WZY4T72Q7JY.html> / eingesehen am 10. Dezember 2021

<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/er-toetete-familie-in-senzig-devid-r-war-in-querdenker-szene-aktiv-78486252.bild.html> / eingesehen am 10. Dezember 2021

<https://www.volksverpetzer.de/bericht/koenigs-wusterhausen/> / eingesehen am 7. Dezember 2021

Jürgen Elsässer: Die Waffen der Verzweifelten, in: Compact, 1/2022, S.3.

**Bundesweit:
Bundesparteitag der
Basisdemokratischen Partei
Deutschlands**

Auf einem digitalen Bundesparteitag vom 4. bis 6. Dezember 2021 hat die Basisdemokratische Partei Deutschlands (dieBasis) die Juristen Reiner Fuellmich und Viviane Fischer als Bundesvorsitzende gewählt. Die im Juli 2020 gegründete Partei hat Eigenangaben zufolge über 32.000 Mitglieder. Bei der letzten Bundestagswahl hat sie 700.000 Erststimmen und fast 700.000 Zweitstimmen erzielt.

<https://diebasis-partei.de/2021/12/impfpflicht-ist-verfassungswidrig/> / eingesehen am 13. Dezember 2021

Baden-Württemberg:
**„Judenstern“ an Bruchsaler
 Geschäften**

In der Innenstadt von Bruchsal sind am ersten Dezember-Wochenende an mehreren Schaufenstern im Einzelhandel 14 DIN-A4-Zettel mit „Judenstern“-Symbolik und dem Spruch „Ungeimpfte sind hier unerwünscht“ angebracht worden. Sie sollten offenbar Bezug nehmen auf die geltende 2G-Regel im Einzelhandel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Anspielung auf den im Nationalsozialismus verwendeten „Judenstern“ zielt auf die Zwangskennzeichnung für Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten. „Das ist absolut untragbar und muss sofort auf das Schärfste verfolgt werden“, so Bruchsals Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick. Im Nationalsozialismus wurden seit 1941 jüdische Bürger gezwungen, sich mit einem gelben „Judenstern“ zu kennzeichnen. Der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden Rami Suliman äußerte: „Das ist antisemitisch. Man nimmt uns wieder als Vorwand“. Analog fiel die Einschätzung des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume aus: „Es ist tatsächlich Antisemitismus, weil man die Erfahrungen der real verfolgten Jüdinnen und Juden nicht nur entwertet, sondern auch benutzt. Einerseits werden die realen Opfer des Holocausts verhöhnt – die Menschen, die wirklich gelitten und den Stern nicht freiwillig getragen haben. Zugleich richtet es sich gegen die Demokratie, gegen den Rechtsstaat, die Medien, die gewählten Politikerinnen und Politiker. Ihnen wird unterstellt, sie seien die neuen Nazis.“

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/palakatakion-mit-judenstern-ungeimpfte-unerwuenscht-in-bruchsal-100.html> / eingesehen am 6. Dezember 2021

<https://bnn.de/kraichgau/bruchsal/judenstern-bruchsaler-geschaeft-schock-protest-gegen-corona-massnahmen-reaktionen-von-politikern-und-juedischer-gemeinschaft> / eingesehen am 7. Dezember 2021

„Ich halte den Fall für eine Eskalation“, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 8. Dezember 2021, S.3.

Baden-Württemberg:
AfD-Stadtrat und die Juden

Der Schorndorfer AfD-Stadtrat Lars Haise kommentierte das Ende seiner Quarantäne aufgrund einer Corona-Infektion auf seinem Facebook-Account mit den Worten: „Endlich wieder ‚frei‘. [...] Doch wie echte Freiheit fühlt sich das, was sich in Deutschland abspielt, nicht mehr an. Eher wie ein Spießrutenlauf. [...] Bleibt gesund! Egal ob Ihr geimpft, genesen oder ungeimpft (also: einfach nur gesund) seid.“ Die Leserin Brigitte R. aus dem Ostalbkreis begrüßte die Genesung von Haise mit den Worten: „Das freut mich für Sie. [...] Ich bin jetzt 70 Jahre alt und habe so etwas noch nie erlebt. Jetzt kann ich mir vorstellen wie sich die Juden damals gefühlt haben. Für (Juden) Ungeimpfte kein Zutritt. Ich hoffe sehr dass die Impfpflicht nicht beschlossen wird. Leider ist die AfD nur in der Opposition. Vielleicht sehen es jetzt einige Wähler ein, welche Lügner sie in die Regierung gewählt haben.“

<https://www.facebook.com/LarsHaiseAfD> / eingesehen am 6. Dezember 2021

<https://www.afd-rem-s-murr.de/2021/12/04/persoennliche-erklaerung-von-stadtrat-lars-haise-zur-3g-regel-im-gemeinderat-waehrend-der-corona-alarmsstufe/#more-6468> / eingesehen am 6. Dezember 2021

Schleswig-Holstein / Brandenburg:
**Prozesse gegen NS-Täter und
 NS-Täterinnen**

Seit dem 19. Oktober 2021 steht in Itzehoe die 96-jährige Irmgard Furchner, eine ehemalige Sekretärin des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig, vor Gericht. Furchner wird beschuldigt, zwischen 1943 und 1945 als Schreibkraft Beihilfe zum Mord in über 11.000 Fällen begangen zu haben. In dem Konzentrationslager wurden während der NS-Zeit mehr als 65.000 Menschen ermordet. Frauen waren auch Akteurinnen des NS-Systems, sei es als KZ-Schreibkraft, als Aufseherin, als Zivilangestellte der Gestapo, als Krankenschwester in einer Euthanasieanstalt oder als Wehrmachtshelferin.

Ein weiterer Prozess gegen einen mutmaßlichen NS-Täter wird vor dem brandenburgischen Landgericht Neuruppin verhandelt. Dem 100-jährigen früheren Wachmann des Konzentrationslagers Sachsenhausen wird Beihilfe zum Mord in 3.518 Fällen vorgeworfen. Josef S., Angehöriger des SS-Totenkopfsturmbanns, war in der Zeit vom 23. Oktober 1941 bis zum 18. Februar 1945 in Sachsenhausen eingesetzt. In das Konzentrationslager Sachsenhausen wurden rund 200.000 Häftlinge deportiert, Zehntausende starben an Hunger, Krankheiten und Folgen der Zwangsarbeit. Über 13.000 sowjetische Kriegsgefangene wurden in einer Genickschussanlage systematisch exekutiert. Es gab Experimente in Gaskammern und Vernichtungsaktionen der SS. Da Mord nicht verjährt, sind die zuständigen Behörden verpflichtet, die Verbrechen aufzuklären. Dieses Rechtsprinzip war 1979 nach einer fast zwanzigjährigen Debatte um die Verfolgung von NS-Tätern eingeführt worden.

>>>

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Stutthof-Prozess-eine-Chronologie-der-Ereignisse,stutthof232.html> / eingesehen am 7. Dezember 2021

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/sachsenhausen-prozess-gegen-frueheren-kz-wachmann-fortgesetzt> / eingesehen am 22. Oktober 2021

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article234271104/Aktuelle-KZ-Prozesse-Die-NS-Taeter-sind-viel-zu-lange-davongekommen.html> / eingesehen am 8. Oktober 2021

Bayern / Berlin:

Gewalt von Maskenverweigerern

In der Nacht zum 9. Dezember versuchte ein Maskenpflicht-Verweigerer nach einem Streit wegen der Maskenpflicht einen Tankwart an der Tank- und Rastanlage Pentling (bei Regensburg) zu überfahren. Der 25-jährige musste sich mit einem Sprung auf die Motorhaube des Autos retten. In Berlin hat ein Maskenverweigerer einen 50-jährigen schwer verletzt, weil dieser ihn in einer Straßenbahn auf die Maskenpflicht aufmerksam gemacht haben soll. Das Opfer wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

<https://www.rnd.de/panorama/regensburg-maskenverweigerer-versucht-tankwart-zu-ueberfahren-63JNTLSOF43U45GVNHL6TFSWZU.html> / eingesehen am 9. Dezember 2021

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/angriff-in-der-strassenbahn-maskenverweigerer-schlaegt-mann-in-berlin-zusammen-krankenhaus/27879358.html> / eingesehen am 9. Dezember 2021

Bundesweit:

AfD-Bundestagsfraktion wählt Seitz zum rechtspolitischen Sprecher

Die AfD-Bundestagsfraktion hat am 10. Dezember den südbadischen Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz zum rechtspolitischen Sprecher (Arbeitskreisleiter) ihrer Fraktion gewählt.

<https://afdbundestag.de/fachpolitische-sprecher-der-afd-fraktion-gewaehlt/> / eingesehen am 10. Dezember 2021

Thüringen:

Kulturstaatsministerin Roth besucht die Gedenkstätte Buchenwald

Die neue Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) hat am 10. Dezember die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar besucht. Sie habe damit zu Beginn ihrer Amtszeit ein Zeichen setzen wollen, welche Bedeutung Erinnerungskultur habe, sagte sie nach der Besichtigung des Lagers und der Dauerausstellung sowie einer Kranzniederlegung im Gedenken an die Opfer. Das Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg wurde 1937 errichtet. Bis April 1945 waren dort fast 280.000 Menschen inhaftiert. Mehr als 56.000 Menschen kamen ums Leben.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gedenken-in-buchenwald/> / eingesehen am 11. Dezember 2021

Hessen:

Waffen-SS-Mann kann 100. Geburtstag feiern

Am 10. Dezember konnte im hessischen Melsungen H. W. seinen 100. Geburtstag feiern. Der einstige Waffen-SS-Mann gehörte einst dem Sonderkommando 4a der SS-Einsatzgruppe C an. Dieses Sonderkommando war am Massaker von Babyn Jar am 29. und 30. September 1941 bei Kiew beteiligt (s. RECHTS.GESCHEHEN, 1.2021, S. 19). Führer des Sonderkommandos 4a war SS-Standartenführer Paul Blobel, der 1951 in Landsberg hingerichtet wurde.

https://blogs.timesofisrael.com/may-you-live-long-and-be-prosecuted/?utm_source=The+Blogs+Weekly+Highlights&utm_campaign=blogs-weekly-highlights-2021-12-16&utm_medium=email / eingesehen am 12. Dezember 2021

Bayern:

Aberkennung des Ruhegehalts eines Reichsbürger-Polizisten

Als Reichsbürger wurde ein Polizist im Februar 2016 erst vom Dienst als Dozent am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring (Landkreis Berchtesgadener Land) suspendiert, während des laufenden Gerichtsverfahrens im Oktober 2019 pensioniert, dann verlor er seine Pension. Seine Klage dagegen hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 10. Dezember abgelehnt. Der Beamte hat mit seinen Äußerungen und seinem Verhalten den Staat von Grund auf abgelehnt und dessen Gesetze angezweifelt. „Das ist für einen Beamten völlig indiskutabel. Der Verlust seiner Pension ist eine ebenso harte wie notwendige Konsequenz“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Der Politiker weiter: „Wer bestreitet, dass es unseren Staat überhaupt gibt, kann nicht Gehalt oder eine Pension von ihm erhalten wollen.“

<https://www.spiegel.de/karriere/urteil-des-bayerischen-verwaltungsgerichtshof-keine-pension-fuer-reichsbuerger-a-99c868af-5ef5-41e5-ab4c-3ea23e26acfd> / eingesehen am 13. Dezember 2021

Bundesweit:
BfV zu Compact:
„Gesichert extremistisch“

Als „gesichert extremistisch“ und nicht mehr nur als Verdachtsfall bewertet das Bundesamt für Verfassungsschutz das monatlich erscheinende Compact-Magazin (Sitz in Werder bei Potsdam), ein Sprachrohr der Neuen Rechten, das eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der Coronaleugner und Impfgegner spielt: „Die Compact-Magazin GmbH trägt Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die eindeutig als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind“, wird konstatiert. Die Medien des Unternehmens enthielten „wiederholt antisemitische Verschwörungsmethoden und islamfeindliche Motive“. Die von Compact ausgehende „Agitation gegen die Regierung“ bringe eine „grundsätzliche Ablehnung demokratischer beziehungsweise demokratisch legitimer Entscheidungsprozesse zum Ausdruck“, heißt es.

In der Ausgabe des Compact-Magazins von Mai 2018 liest man: „Aufgabe der oppositionellen Medien ist es, zum Sturz des Regimes beizutragen, und dabei gehen wir Schulter an Schulter.“ Chefredakteur und Geschäftsführer ist der aus Pforzheim stammende Jürgen Elsässer, einer der zentralen Akteure der neurechten Szene, Pegida-Redner und Sympathisant des rechten AfD-„Flügels“ um Björn Höcke. Compact besteht aus einem Magazin nebst Sonderausgaben, einem Online-Auftritt und einer Sendung namens Compact TV, die tagesaktuell von Montag bis Freitag produziert wird. Nach eigenen Angaben hat das Heft eine Auflage von 40.000. Die Inhalte der Sendung werden auf einem Youtube-Kanal beworben.

Nach der Einstufung von Compact als „gesichert extremistisch“ gab Elsässer kund: „COMPACT ist zu einer Gefahr für das Regime und seinen Geheimdienst geworden, deshalb greifen sie uns an! Jetzt brauchen wir die Solidarität unserer Leser: COMPACT verklagt den Verfassungsschutz!“ In ideologischer Anlehnung an den nationalkonservativen George-Kreis, dessen Namensgeber Stefan George in den 1920er Jahren Stichwortgeber für den Nationalismus war, fabuliert Elsässer im Dezember 2021 von einem „geheime[n] Deutschland“ um Compact: „Im neuen COMPACT-Club wächst das geheime Deutschland: Wir sind die Gemeinschaft der Freien, der Standhaften. Seien Sie dabei, gemeinsam verhindern wir die Impfpflicht und holen uns unser Land zurück!“ Lobende Worte für Elsässer findet die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg: „Es ist ihm bis heute gelungen, [...] das vielleicht umfangreichste und professionellste Medium im nationalen Lager aufzubauen.“

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/compact-magazin-101.html> /
 eingesehen am 10. Dezember 2021

COMPACT-Online / eingesehen am 13. Dezember 2021

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 23. Dezember 2021

Baden-Württemberg:
**Aufmärsche in Reutlingen
 und Stuttgart**

Aufmarschiert wurde unter dem Motto „Für Freiheit, Wahrheit und Selbstbestimmung“ am 11. Dezember im schwäbischen Reutlingen. Im Laufe des Abends wurden mehrere Strafverfahren wegen tätlichen Angriffs auf Beamte, Beleidigung und versuchter Körperverletzung eingeleitet. Außerdem wurden rund 100 Platzverweise erteilt. Die Neonazis des III. Weges kommentierten die Demonstration von rund 1.500 Personen: „Auch im Westen der BRD wächst der Unmut über das System. Während man Jahrzehnte lang vieles über sich ergehen ließ, herrscht vermehrt eine revolutionäre Stimmung auf den Straßen. Unsere Solidarität gilt den Aufständischen gegen die ausufernde Corona-Diktatur.“

Widerstand lässt sich nicht verbieten! Wir sind das Volk!“ Ebenfalls am 11. Dezember hatte die AfD in Stuttgart zu einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen aufgerufen. Der Stuttgarter AfD-Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel stellte die Pandemie in Abrede, sprach dagegen von einer Massenpsychose. „Weder die Krankenhäuser noch die Intensivstationen sind mehr ausgelastet als sonst üblich in dieser Jahreszeit“, behauptete er. Es seien auch nicht viel mehr Menschen gestorben als in den vergangenen Jahren, die Zahlen deuteten nicht auf eine wirklich bedrohliche Pandemie hin. Spaniel: „Wir werden in eine Hysterie hinein getrieben. Das hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun.“

https://www.gea.de/dossiers/coronavirus_artikel,-1-500-teilnehmer-ausschreitungen-bei-corona-demo-in-reutlingen-_arid,6538867.html / eingesehen am 13. Dezember 2021

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.demonstration-in-stuttgart-die-afd-sieht-keine-pandemie.8c0b551d-e35a-4a27-95bf-0fb65f8cc041.html> / eingesehen am 13. Dezember 2021

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-proteste-thueringen-greiz-verletzte-100.html> /
 eingesehen am 13. Dezember 2021

<https://www.tagesschau.de/inland/corona-proteste-ausschreitungen-103.html> /
eingesehen am 13. Dezember 2021

<https://www.belltower.news/demobericht-demo-flopp-der-afd-jugend-in-berlin-125581/> /
eingesehen am 10. Januar 2022

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 13. Dezember 2021

PI-NEWS / eingesehen am 10. Januar 2022

Bundesweit:
**Bundesinnenministerin: Höchste
Bedrohungslage bei Rechtsterrorismus
und Rechtsextremismus**

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erklärte in einem ihrer ersten Statements, dass von Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik die höchste Bedrohungslage ausgehe. „Ich habe eine besondere Priorität der Bekämpfung des Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus gegeben, weil das im Moment die höchste Bedrohungslage ist“, so die Sozialdemokratin am 11. Dezember in einem Interview. Auch die Aktivitäten der Querdenker- und Coronaleugner-Szene hätte das Bundesinnenministerium genau im Auge. Faeser weiter: „Es ist zurzeit enorm wichtig, dass wir ein ganz klares Zeichen gegen diejenigen setzen, die als sogenannte Querdenker und Coronaleugner Menschen jetzt bedrohen, indem sie mit Fackelläufen zu deren Häusern gehen. Das ist eine derart schlimme Grenzüberschreitung, ein Einschüchterungsversuch, den wir so nicht durchgehen lassen können – deshalb steht das sehr im Fokus.“

<https://www.presseportal.de/pm/6511/5096820> / eingesehen am 11. Dezember 2021

Berlin:
JA-„Großdemonstration“

Rund 600 Menschen sind am 11. Dezember in Berlin nach Polizeiangaben einem Aufruf der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) zu einer „Großdemonstration“ (Eigenangabe im Vorfeld der Demonstration) unter dem Motto „Impfstreik Deutschland – Die Jugend steht auf“ gegen die Corona-Maßnahmen gefolgt. Zu der Veranstaltung hatte die JA bundesweit mobilisiert. Die Organisation ist vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Vor Ort in Berlin waren auch der aus der AfD ausgeschlossene Andreas Kalbitz und der langjährige NPD-Kader Sebastian Schmidtke. Einen Redebeitrag hielt der baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier. Carlo Clemens, JA-Bundesvorsitzender, zog ein positives Fazit der Demonstration: „Die Impfstreik-Demo war ein voller Erfolg: [...] Unserem Anliegen, die Freiheit gegen immer repressivere Corona-Maßnahmen zu verteidigen, konnten wir Gehör verschaffen. [...] Eine Impfpflicht und all die Methoden des indirekten Zwanges, mit denen sie durchgesetzt werden soll und könnte – Bußgelder, Beugehaft, staatlich verordnete Diskriminierung – sind für uns inakzeptabel.“

Homepage Ein Prozent / eingesehen am 7. Dezember 2021

Bundesweit:
**Bericht zu Rechtsextremismus
im Netz**

Der „Bericht 2020/2021 Rechtsextremismus im Netz“ zeigt, dass Rechtsextreme alle Social-Media-Dienste, Onlineformate und Internetkulturen nutzen, die bei Kindern und Jugendlichen beliebt sind, um ihre antidemokratischen und menschenverachtenden Narrative zu verbreiten. Dabei knüpfen sie gezielt an Krisen sowie altbekannte Verschwörungsmymen und antisemitische Feindbilder an. 2020 und 2021 registrierte jugendschutz.net 1.136 Verstößfälle im Themenfeld Rechtsextremismus. Mit einem Anteil von über 90 Prozent stellten Social Media weiterhin die relevantesten Verbreitungswege dar. Während die großen Plattformen Anstrengungen unternehmen, konsequenter gegen Hass, Hetze und Desinformationen vorzugehen, zeigt der aktuelle Bericht auch, dass die meisten nur unzureichend auf Usermeldungen reagieren. Ein erhebliches Problem bilden Ausweichdienste wie Telegram: Der Dienst entfernte weniger als ein Drittel der durch jugendschutz.net gemeldeten Fälle.

<https://www.jugendschutz.net/mediathek/artikel/rechtsextremismus-im-netz-2020-2021/> /
eingesehen am 10. Dezember 2021

**Bundesweit / Baden-Württemberg:
Aufruf zum „Impf-Streik“**

Eine Initiative von Impfgegnern, bestehend unter anderem aus dem Compact-Magazin, der in Baden-Württemberg gegründeten Pseudo-Gewerkschaft Zentrum Automobil, Politically-Incorrect-News und den Freien Sachsen mobilisiert seit Dezember 2021 zum „Impf-Streik“. Ziel sei „mit einem unübersehbaren Fanal die Regierung dazu zu bringen, die Impfpflicht zurückzunehmen.“ Zum Streik aufgerufen werden „alle im Volk [...], die jetzt unter dem Zwang des Corona-Regimes keine Luft mehr bekommen. Ganz dringend die Angehörige der Pflege- und Krankenhausberufe, die als erste verpflichtend an die Nadel sollen und im Weigerungsfall mit Berufsverbot bedroht sind. Dann natürlich neben der großen Masse der Arbeitnehmer und Angestellten auch der gesamte Mittelstand, der schon durch den Lockdown abgewürgt wurde und vor dem Nichts steht. Und nicht zu vergessen: Schüler und Studenten, denen die Bildung geraubt wird, sowie Familien, die Angst um ihre Kinder haben.“

Vom „Impf-Streik“ ist kein weiter Weg zum „Generalstreik“. So orakelt der Baden-Württemberger Oliver Hilburger vom Zentrum Automobil in Compact (1/2022, erschienen im Dezember 2021): „Was einen möglichen Generalstreik angeht, muss man zunächst auch klären, wo die Nadelstiche gesetzt werden: in der Automobilindustrie oder bei einem Energieversorger, einem Logistikunternehmen, im Gesundheitssystem oder bei der Müllabfuhr. Es kommt gar nicht so sehr darauf an, dass eine Masse das gleichzeitig macht, sondern dass das gut geplant wird. Eine Art spontane Vorstufe zum Streik läuft übrigens schon: Von LKW-Fahrern und Krankenpflegern hört man, dass sie sich krankschreiben lassen oder Überstunden abbummeln, weil sie keinen Bock auf das tägliche Testen haben. Wenn man die auch noch zur Spritze nötigt, werden sie erst recht wegbleiben.“

Der DGB ist Teil des Problems. Oliver Hilburger im Gespräch mit Jürgen Elsässer, in: Compact, 1/2022, S. 49–51.

COMPACT-Online / eingesehen am 11. Dezember 2021

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 11. Dezember 2021

**Bayern:
Neonazi-Devotionalien**

Das rechtsextreme Modelabel Ansgar Aryan im bayerischen Mantel (Neustadt an der Waldnaab) vertreibt auch einschlägige Literatur. Im Angebot findet sich das 2008 erstmals erschienene Buch „Blutzeugen. Beiträge zur Praxis des politischen Kampfes in der Weimarer Republik“ von Andre Busch. Der 620 Seiten umfassende Band dokumentiert laut Werbetext „das Leben sowie die Todesumstände der Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung bis zum Tag nach der Machtergreifung am 31. Januar 1933. Getötete SA- und SS-Männer sowie Hitlerjungen“. Darin stellt der 2010 verstorbene Burschenschafter Busch (Pennale Burschenschaft CHATTIA Friedberg zu Hamburg) mit erkennbarer Sympathie für die nationalsozialistische Bewegung die Todesumstände zahlreicher SA-Männer dar. Im Angebot von Ansgar Aryan finden sich T-Shirts mit dem Aufdruck „NACAB“ - „Not all cops are bastards“ und dem Konterfei eines SA-Manns unter dem der Schriftzug „est. 1933“ steht. Geschäftsführer des Unternehmens ist der NPD-Politiker Patrick Schröder.

Homepage Ansgar Aryan / eingesehen am 11. Dezember 2021

**Bayern:
Zentralrat Deutscher Sinti
und Roma begrüßt Beginn der
Aufarbeitung der Nachkriegs-
geschichte des Bayerischen
Landeskriminalamts durch
die Behörde**

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, hat sich auf einer Pressekonferenz des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) am 14. Dezember in München mit der historischen Studie von Kriminalhauptkommissarin Eveline Diener auseinandergesetzt, die dort der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte und den personellen Kontinuitäten der beim BLKA angesiedelten „Landfahrerstelle“ bis zu deren Auflösung im Jahr 1965. Rose forderte weiterführende Untersuchungen der Kontinuität auch über 1965 hinaus durch unabhängige Historiker. Darüber hinaus regte er an, dass die führende Rolle der Kriminalpolizei beim NS-Völkermord sowie die personellen und ideologischen Kontinuitäten nach 1945 integrale Bestandteile der Fort- und Ausbildung von Polizeibediensteten werden sollten. Historisch nahmen Bayern und München seit dem Kaiserreich eine Vorreiterrolle in der Verfolgung der Sinti und Roma ein: bereits im Jahr 1899 wurde bei der Polizeidirektion München ein eigener Nachrichtendienst für „Zigeuner“ eingerichtet. Bis zu ihrer Verlegung nach Berlin im Oktober 1938 hatte die Münchner „Zigeunerpolizeistelle“ Akten zu mehr als 33.000 Menschen angelegt, die als „Zigeuner, Mischlinge oder nach Zigeunerart Umherziehende“ erfasst worden waren. Auch nach der offiziellen Auflösung der „Landfahrerzentrale“ 1965 wurde die Sondererfassung der Sinti und Roma weiter fortgesetzt. Sogar die tätowierte KZ-Nummer sei bei Überlebenden als „Identifizierungsmerkmal“ in die Akten aufgenommen worden – eine „besondere Schamlosigkeit“, sagte Rose. >>>

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-begruesst-beginn-der-aufarbeitung-der-nachkriegsgeschichte-des-bayerischen-landeskriminalamts-durch-die-behoerde/>
eingesehen am 14. Dezember 2021

Eveline Diener: *Das Bayerische Landeskriminalamt und seine „Zigeunerpolizei“ (1946 – 1965): Kontinuitäten und Diskontinuitäten der bayerischen „Zigeunerermittlung“ im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2021.

Bundesweit:
Zweifelhafter Gottesmann

Der 73-jährige deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller, Mitglied des höchsten Gerichts der römischen Kurie (er darf über den nächsten Papst abstimmen), der Signatura Apostolica (Apostolische Signatur), vormals Chef der früher als Inquisition bekannten Glaubenskongregation, hat antisemitische Verschwörungsmythen über eine angeblich geplante Gleichschaltung der Menschen und einen Überwachungsstaat verbreitet. Der frühere Regensburger Bischof sprach in einem Interview davon, dass hinter den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eine finanzkräftige Elite stecken würde. Namentlich nannte der ehemalige oberste Glaubenshüter der katholischen Kirche den Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, Microsoft-Gründer Bill Gates und den Investor George Soros. „Leute, die auf dem Thron ihres Reichtums sitzen“, sehen angeblich „eine Chance jetzt, um ihre Agenda durchzusetzen“, wie Müller behauptete. Es gebe ein gewisses Chaos, „auch geboren aus dem Willen, die Gelegenheit zu nutzen, die Menschen jetzt gleichzuschalten, einer totalen Kontrolle zu unterziehen, einen Überwachungsstaat zu etablieren“. Auch verwies er auf Warnungen vor einem sogenannten Great Reset, also einem Verweis auf angebliche Eliten-Verschwörungen zum Sturz der Demokratie. Das katholisch-konservative St. Bonifatius Institut aus Österreich hatte in der 49. Kalenderwoche das Gespräch mit Müller öffentlich gemacht.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Georg Bätzing distanzierte sich in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von den „abstruse[n] Ansichten“ Müllers: „Ich teile seine Auffassung nicht und finde seine Wortwahl absolut unpassend. Das geht gar nicht.“

Der Religionswissenschaftler und Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg Michael Blume warnte erneut vor der Verbreitung von Verschwörungsmythen durch kirchliche Autoritäten. Die Schwelle dazu sehe er „bei Kardinal Müller jetzt erreicht“, sagte Blume der Katholischen Nachrichten-Agentur. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte, Müller habe „klar antisemitische Chiffren bedient“.

Die antisemitischen Aussagen von Müller wurden in extrem rechten Kreisen zustimmend kommentiert: Beim rechtsextremen Internetportal Politically Incorrect war zu lesen: „Dem Kardinal kann man nach diesen Äußerungen nur stabile Nerven und ein langes Leben wünschen.“ Das rechts-extreme Monatsmagazin Zuerst! (aus dem Hause des rechtsextremen Verlagsimperiums Lesen & Schenken) merkte an: „Deutscher Kardinal nennt Roß und Reiter: Hinter ‚Corona‘ stecken Gates, Schwab und Konsorten.“ Die FPÖ-nahe Wochenzeitung Zur Zeit schrieb: „Mutiger Kirchenmann warnte vor George Soros und Bill Gates.“ Das AfD-nahe Internetportal Deutschlandkurier hielt fest: „Einer der höchsten katholischen Würdenträger sorgt für Schnappatmung rund um das Thema Corona! Gerhard Ludwig Kardinal Müller, Ex-Präfekt im Vatikan für die Glaubenslehre, sagt: Die Corona-Krise beruhe auf Hochstapelei! Die Mächtigen hätten die Chance ergriffen, ihre Agenda durchzusetzen. Er selbst wolle von Klaus Schwab (Weltwirtschaftsforum) oder Bill Gates (Microsoft) ‚weder erschaffen noch erlöst werden‘. Der bis in die Knochen konservative deutsche Kardinal ist der linksgrünen Amtskirche schon länger ein Dorn im Auge.“

<https://www.kiz-online.de/zentralrat-der-juden-klar-antisemitisch/> / eingesehen am 15. Dezember 2021

<https://www.zeit.de/news/2021-12/13/kardinal-mueller-und-die-verschwuerungsmythen/> / eingesehen am 16. Dezember 2021

https://www.zeit.de/news/2021-12/21/baetzing-zu-muellers-verschwuerungsmythen-das-geht-nicht?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F/ / eingesehen am 2. Februar 2022

Deutschland-Kurier /eingesehen am 16. Dezember 2021

ZUERST! / eingesehen am 16. Dezember 2021

ZUR ZEIT / eingesehen am 16. Dezember 2021

PI-NEWS /eingesehen am 18. Dezember 2021

Berlin:
Studie zu antisemitischen
Straßennamen

Laut einer neuen wissenschaftlichen Studie gibt es in Berlin 290 Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen. Der Autor des Dossiers, der Politikwissenschaftler Felix Sassmannshausen, fordert bei 101 Fällen eine Umbenennung. Für jeden aus seiner Sicht problematischen Straßennamen, z.B. Jahnstraße, Richard-Wagner-Platz oder Treitschkestraße (in Stuttgart wurde die damalige Treitschkestraße im Jahr 2010 in Fritz-Bauer-Straße umbenannt), liefert er eine historische Einbettung des Falls, weiterführende Literatur sowie eine Handlungsempfehlung – wie z.B. die Straßenschilder wenigstens mit entsprechenden Erklärschildern zu versehen. Er hofft auf eine Diskussion und will mit seinem Dossier vor allem eine systematische Grundlage für eine größere Debatte schaffen. In Auftrag gegeben wurde das Dossier vom Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Samuel Salzborn. Mit der Veröffentlichung der Studie will Salzborn eine gesellschaftliche Debatte über Straßen anstoßen, die nach historischen Persönlichkeiten benannt sind, die sich antisemitisch geäußert haben oder sogar einem gefestigten antisemitischen Weltbild anhängen.

Kommentar des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst!: „Jetzt hat Berlin ein handfestes Problem: sollten die 101 vorgeschlagenen Straßen und Plätze tatsächlich umbenannt werden, käme ein gigantischer Verwaltungsaufwand auf Stadtverwaltung, Firmen, Einwohnermeldeämter und andere Behörden zu. Bei den betroffenen Bewohnern und Geschäftsleuten kommen die Umbenennungspläne deshalb in aller Regel nicht gut an. Sie kosten nur Zeit, Geld und viel Nerven.“

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-corona-leugner-und-ihr-parlamentarischer-arm-im-bundestag/> / eingesehen am 14. Dezember 2021

David Lindenfeld: Umbenennung von Straßen. Der Antisemit im Briefkopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2021.

ZUERST! / eingesehen am 17. Dezember 2021

Bundesweit:
Klare Ansage des Bundeskanzlers
an Demokratiefeinde

In seiner Regierungserklärung führte Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 2021 in Berlin in Richtung Corona-Leugner und Rechtsextremisten aus: „Aber was es eben heute in Deutschland auch gibt, das ist Wirklichkeitsverleugnung, das sind absurde Verschwörungsgeschichten, mutwillige Desinformation und gewaltbereiter Extremismus. Um es klar zu sagen: Eine kleine extremistische Minderheit in unserem Land hat sich von unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unserem Gemeinwesen und unserem Staat abgewandt, nicht nur von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft.“ Der Bundeskanzler weiter: „Wir werden es uns nicht gefallen lassen, dass eine winzige Minderheit von enthemmten Extremisten versucht, unserer gesamten Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Dieser winzigen Minderheit der Hassgefüllten, die mit Fackelmärschen, mit Gewalt und Morddrohungen uns alle angreift, werden wir mit allen Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaats entgegentreten. Unsere Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie.“

Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 2021 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung, Nr. 150-1: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1992146/81174a26a561690dc68cba1498b66622/150-1-bk-regierungserklaerung-data.pdf?download=1> / eingesehen am 14. Januar 2022

Ausland:
Vor 60 Jahren: Todesurteil
gegen Adolf Eichmann

Vor 60 Jahren, am 15. Dezember 1961, wurde der NS-Verbrecher Adolf Eichmann von einem israelischen Gericht in Jerusalem auf „Tod durch den Strang“ verurteilt. Am 1. Juni 1962 wurde das Urteil gegen Eichmann vollstreckt. Eichmann gilt als einer der Hauptorganisatoren bei der Durchführung des industriell betriebenen Massenmordes an den europäischen Juden.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/adolf-eichmann-in-jerusalem-der-massenmoerder-vor-gericht-sw2-wissen-archivradio-2021-12-15-100.html>

**Bundesweit:
Bundesgerichtshof bestätigt Urteil gegen NSU-Unterstützer**

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe hat das Urteil vom 11. Juli 2018 gegen André Eminger, einem von fünf Angeklagten im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht (OLG) in München, bestätigt. Damit sind alle Urteile aus dem NSU-Prozess rechtskräftig. In seiner Entscheidung konnte der BGH keine Rechtsfehler im Prozess feststellen. Der BGH hat damit die Revisionen des NSU-Unterstützers Eminger und der Bundesanwaltschaft gegen das Urteil verworfen. Der Angeklagte hatte sich gegen seine Verurteilung gewandt, der Generalbundesanwalt den Teilfreispruch angegriffen.

Wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung hatte das OLG Eminger im Juli 2018 zu einer überraschend niedrigen Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt; die Bundesanwaltschaft hatte zwölf Jahre Haft gefordert. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass Eminger zwischen 2009 und 2011 Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt gefälschte Bahncards besorgt hatte, die auf ihn und seine Ehefrau ausgestellt waren. Eminger hatte zum untergetauchten NSU-Kerntrio 13 Jahre lang engen Kontakt gehalten, seine Frau war Beate Zschäpes engste Freundin. Von vier weiteren Vorwürfen – der Beihilfe zum versuchten Mord in Tateinheit mit Herbeiführen einer schweren Sprengstoffexplosion, der zweifachen Beihilfe zum Raub sowie der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – hat der BGH Eminger freigesprochen. Eminger hatte für das NSU-Kerntrio 2000 und 2003 dreimal Wohnmobile gemietet, die für Raubüberfälle und einen Sprengstoffanschlag genutzt wurden. Zudem hatte er 2007 Beate Zschäpe den Personalausweis seiner Ehefrau zur Verfügung gestellt.

Die Revisionen von Zschäpe sowie den NSU-Unterstützern Ralf Wohlleben und Holger Gerlach hatte der BGH im August verworfen (s. RECHTS.GESCHEHEN, 1.2021, S. 8f), die Urteile sind rechtskräftig. Weitere Ermittlungen wegen Unterstützung des NSU laufen noch gegen neun andere Personen, unter anderem gegen Emingers Ehefrau. Auf das Konto des Netzwerks um den NSU gehen bundesweit zehn Morde, 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle. Eminger, der auf seinen Bauch die Worte „Die Jew Die“ – „Stirb, Jude, stirb“ – tätowiert hat, wird von den Sicherheitsbehörden als Gefährder geführt. Er zählt damit offiziell zu den zuletzt 71 gefährlichsten Rechtsextremisten in Deutschland.

<https://www.zeit.de/news/2021-12/14/bundesgerichtshof-verkuendet-urteil-zu-nsu-helfer-andr-e/> eingesehen am 15. Dezember 2021

Pressemitteilung des BGH Nr. 226/2021 vom 15.12.2021: <https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/2021226.html> / eingesehen am 15. Dezember 2021

**Bundesweit:
Mehr gewaltorientierte
Rechtsextremisten**

Das rechtsextreme Personenpotenzial ist in den vergangenen Jahren deutlich größer geworden. Es stieg von 22.600 Personen im Jahr 2015 auf 33.300 im Jahr 2020 (2019: 32.080), wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervorgeht. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten stieg von 11.800 im Jahr 2015 auf 13.300 im Jahr 2020 (2019: 13.000). Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder prüften fortlaufend, bei welchen gewaltorientierten Rechtsextremisten Ansätze für terroristische Aktivitäten gegeben seien oder ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für die Entstehung solcher Ansätze vorliege, heißt es in der Antwort. Während die Zahl entsprechend eingestufte Personen im Jahr 2015 noch im zweistelligen Bereich gelegen habe, liege diese aktuell im dreistelligen Bereich.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Gottfried Curio, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD. Sicherheitsrelevante Lagen in Deutschland mit Stand vom Oktober 2021, BT-Drs. 20/277 vom 15.12.2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000277.pdf> / eingesehen am 14. Januar 2022

**Bayern:
Jahrestag des Brandanschlags
in Schwandorf**

Am 17. Dezember jährte sich zum 33. Mal der Brandanschlag auf das ehemalige „Habermeier-Haus“ in Schwandorf, bei dem 1988 die dreiköpfige türkische Familie Osman, Fatma und Mehmet Can und der 47-jährige Jürgen Hübener ihr Leben verloren. Täter war der damals 19-jährige Neonazi J. S., Mitglied der 1991 bundesweit verbotenen Neonazi-Truppe Nationalistische Front um den noch heute aktiven Neonazi Meinolf Schönborn. Der in der Szene gut vernetzte Schönborn baut seit 2010 eine ehemalige Flüchtlingsunterkunft in Gieselwerder (Kreis Kassel) zu einem Treffpunkt und Wohnort für Gleichgesinnte auf.

<https://www.ostbayern-kurier.de/aufruf-von-oberbuergermeister-andreas-feller-zum-brandanschlag-im-dezember-1988.html> / eingesehen am 19. Dezember 2021

<https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/kreis-kassel-gieselwerder-razzia-rechtsextrem-polizei-90985437.html> / eingesehen am 17. September 2021

Bundesweit:
Die AfD und der Antisemitismus

Antisemitisches Gedankengut ist bei der AfD in programmatischen Äußerungen, politischen Kampagnen sowie in offiziellen Social-Media-Kanälen von Bundestagsabgeordneten und auf allen Ebenen der Partei vorhanden. Zum Teil würden auch klassische judenfeindliche Stereotype offen artikuliert. Das ist ein Ergebnis der neuen Handreichung „Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD“, die das American Jewish Committee (AJC) am 17. Dezember in Berlin vorstellte.

Remko Leemhuis, Direktor des AJC Berlin, erklärte zur Veröffentlichung: „Wissenschaftlich wie auch medial stehen in der Beschäftigung mit der Alternative für Deutschland (AfD) vor allem ihr Rassismus sowie ihre Migrations- und Demokratiefeindlichkeit im Zentrum der Debatte. Dem Antisemitismus der AfD wurde indes aus unserer Sicht bisher noch nicht ausreichend die gebotene Aufmerksamkeit zu Teil.“ Leemhuis führte weiter aus: „Dies ist aus unserer Sicht problematisch, da der Antisemitismus ein Kernelement der Parteiideologie ist. Einer der Gründe dafür, dass dieser Aspekt bisher weniger Beachtung gefunden hat, liegt zweifellos auch darin begründet, dass sich die AfD immer wieder energisch als Freund der jüdischen Gemeinschaft und des Staates Israel inszeniert. Bei der näheren Betrachtung der AfD wird allerdings rasch deutlich, dass diese Positionierung rein taktischer Natur ist, dient diese vermeintliche Parteinahme doch nur als Mittel für ihre rassistische und migrationsfeindliche Propaganda.“

Die AfD relativiert oder leugnet dem Papier zufolge „deutschen Antisemitismus“ und stellt ihn wesentlich als Problem von Migranten dar. Und: „Innerparteiliche Gruppierungen wie die ‚Juden in der AfD‘, die mit antisemitischer Ideologie inkompatibel erscheinen, erweisen sich als politisch irrelevante Kleingruppen, welche zudem vor allem allgemeine migrations- und frauenfeindliche AfD-Positionen übernehmen.“

Der Studienautor und Sozialwissenschaftler Lars Rensmann von der Rijksuniversiteit Groningen in den Niederlanden betont in der für den AJC erstellten Analyse, die öffentliche „pro-jüdische“ und „pro-israelische“ Positionierung der AfD sei lediglich eine Instrumentalisierung für die eigene Propaganda der Partei. Weiter führt er aus: „In der Partei und unter ihren Wählerinnen und Wählern nehmen trotz manchen anderslautenden Lippenbekenntnissen Israelfeindschaft, Holocaustrelativierung, antisemitisches Verschwörungsdenken und judenfeindliche Bilder einen prominenten Platz ein. Dies zeigt sich auch in der jüngsten Coronavirus-Krise. Die rechtspopulistische Konstruktion einer ‚korrupten globalisierten Elite‘ und das Feindbild einer imaginierten liberalen globalistischen Weltregierung, die hinter der Coronakrise und einem ‚großen Bevölkerungsaustausch‘ stünde, gehören zu der von Rechtspopulisten mobilisierten Vorstellungswelt, an die sich die Idee von der jüdischen oder ‚talmudistischen‘ Weltverschwörung anschließen kann.“

<https://ajcgermany.org/de/kommentar/pressemitteilung-das-ajc-berlin-veroeffentlicht-die-handreichung-die-mobilisierung-des/> / eingesehen am 17. Dezember 2021

Bundesweit:
Langzeitauswertung:
Flüchtlingsfeindliche Gewalt

Gewalt gegen Geflüchtete in der Bundesrepublik thematisiert die im Dezember 2021 veröffentlichte Langzeitauswertung „Leben in Gefahr“ der Amadeu Antonio Stiftung. Demnach kam es zwischen Anfang 2015 und Ende 2019 zu insgesamt 11.257 Fällen von Gewalt (10.908 Übergriffe und 349 Verdachtsfälle), die in der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert sind. Darunter sind 267 Brandanschläge, 1.895 Körperverletzungen und 8.765 sonstige Übergriffe, dazu zählen unter anderem versuchte Körperverletzungen und rassistische Schmierereien. Während die Öffentlichkeit vor allem auf die organisierte Rechte in den Ostländern schaue, so die Langzeitauswertung, existiere auch in Baden-Württemberg „seit Jahrzehnten weitgehend unbehelligt“ eine rechte Szene, heißt es. Im Rems-Murr-Kreis kam es demnach 2015 landesweit zu den meisten Übergriffen auf Geflüchtete, darunter ein Brandanschlag auf eine geplante Asylunterkunft. Am Neujahrsmorgen 2019 legten Unbekannte im selben Landkreis Feuer auf dem Balkon eines Hauses, in dem eine geflüchtete Familie lebte.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-12/gewalt-gegen-gefluechtete-rassismus-studie-deutschland> / eingesehen am 17. Dezember 2021

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/leben-in-gefahr> / eingesehen am 17. Dezember 2021

Bundesweit:
NPD gegen Impfpflicht

Die NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme (DS) hat am 18. Dezember die Kampagne „Nein zur Impfpflicht für alle! Hände weg von unseren Kindern!“ gestartet. Im Mittelpunkt steht dabei eine Online-Petition mit dem Appell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: „Lehnen Sie eine zwangsweise Impfpflicht für alle als grundgesetzwidrig ab! Verhindern Sie mit Ihrer Stimme insbesondere eine Impfpflicht für Kinder!“ DS-Chefredakteur und Verlagsleiter ist Peter Schreiber, NPD-Landesvorsitzender Sachsens, zugleich Kreisrat in Meißen und Stadtrat in Strehla. Schreiber startete sein politisches Engagement in Hessen bei den Republikanern und der Republikanischen Jugend.

Deutsche Stimme / eingesehen am 18. Dezember 2021

Baden-Württemberg / Bayern /
 Bundesweit:
**AfD-Landtagsabgeordneter
 an Corona verstorben**

In der Nacht zum 19. Dezember ist der ungeimpfte Pforzheimer AfD-Politiker Bernd Grimmer an Corona gestorben. Der 71-jährige Volkswirt, wissenschafts- und kunstpolitischer AfD-Fraktions-sprecher im baden-württembergischen Landtag, Fraktionsvorsitzender der Gemeinderatsfraktion Pforzheim und Sprecher des Kreisverbandes Pforzheim/Enz, galt als entschiedener Kritiker von staatlichen Corona-Maßnahmen. Auf Facebook wurde Grimmer vom AfD-Kreisverband Stuttgart nach seinem Tod „als Held der Freiheit“ bezeichnet. Er habe nicht „zum Versuchskaninchen von Pharmalobby und Altparteien degradiert werden“ wollen, heißt es in dem Nachruf. Grimmer habe sich gegen eine Impfung entschieden, „weil für ihn Freiheit wichtiger war“. Grimmer setzte sich schon früh gegen eine mögliche Impfpflicht ein. Er beklagte auf seiner Facebook-Seite im Juni 2020 etwa eine „Panikmache“ durch die Medien.

Grimmer war 2016 zum ersten Mal in den Stuttgarter Landtag gewählt worden. Damals erreichte er für die Landespartei das erste Direktmandat. 2021 verlor er sein Direktmandat, zog aber über die Liste erneut in den Landtag ein. Vor seinem Werdegang als AfD-Politiker gehörte Grimmer unter anderem den Grünen und zuvor der extrem rechten Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) an. Bei der deutschnationalen AUD nahm Umweltpolitik den Charakter eines „volksgemeinschaftlichen Kampfes für den Schutz des Lebens“ an.

Das Mandat von Grimmer im Landtag übernahm Alfred Bamberger. Bamberger war Unterzeichner des 2018 von der damaligen AfD-MdL Christina Baum initiierten „Stuttgarter Aufrufs“, in dem sich die Unterzeichnenden gegen parteiinterne Ausschlussverfahren wandten und für den Widerstand gegen „Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte“ warben. Man wersetze sich „allen Denk- und Sprechverboten innerhalb der Partei“, hieß es damals im Aufruf. Am 21. Dezember hatten die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP die AfD-Fraktion in einer gemeinsamen Mitteilung dazu aufgefordert, Bamberger nicht in die Fraktion aufzunehmen. Der Grund dafür: Bamberger habe im Jahr 2015 auf der Facebook-Seite seines Kreisverbandes Pforzheim-Enz-kreis das Anzünden von Flüchtlingsunterkünften mit zivilem Ungehorsam verglichen: „Ist es nicht so, dass den Anwohnern oder Bewohnern einer Kommune alternativlos – wie immer – eine Einrichtung vor die Nase gesetzt wird, die sie einfach nicht haben wollen und deshalb in Form von zivilen Ungehorsam die geplanten Flüchtlingsunterkünfte einfach abfackeln?“

An Corona waren bislang unter anderem die AfD-Politiker Tino Chrupalla, Alice Weidel und Beatrix von Storch erkrankt. In Krankenhäusern mussten beispielsweise die AfD-Politiker Thomas Seitz, baden-württembergischer Bundestagsabgeordneter, und der sächsische Landtagsabgeordnete Ivo Teichmann behandelt werden. Im November verstarb an Corona der ehemalige AfD-Bezirksvorsitzende Unterfranken, Gottfried Walter, ein vehementer Impfgegner. Im Dezember erlag Roland Oberst, Sprecher des AfD-Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt und Vorsitzender der AfD-Gemeinderatsfraktion der Barockstadt, seiner Corona-Erkrankung.

Wenige Stunden nach dem Tod von Grimmer rief die AfD unter dem Motto „Mut zur Wahrheit“ zum Corona-Protest in Nürnberg auf. „Danke, dass Sie als mündige Bürger den Mächtigen die Stirn bieten!“, rief AfD-Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel vor über 2.500 Aufmarschierten aus. Co-Fraktionschef Tino Chrupalla gab sich ähnlich leidenschaftlich: „Da sage noch einer: In der BRD geht niemand auf die Straße. Es reicht liebe Freunde!“ Der AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer führte in Nürnberg in seiner Rede aus: „Wir erklären uns solidarisch mit den Millionen Menschen jedweder politischer Anschauung, die derzeit in Deutschland zu Unrecht Diskriminierung und Entrechtung erfahren. Grundrechte muss man sich nicht erimpfen. Grundrechte, die man sich doch erimpft, halten nur drei bis sechs Monate. Auch jeder heute Geimpfte wird schon in wenigen Wochen wieder einen Paria-Status als Ungeimpfter haben, wenn er sich nicht immer und immer wieder an die Nadel hängt. Nein: Nur Grundrechte, die man sich erkämpft, halten ein ganzes Leben lang.“

Die Freiheit ist gefährdet, wenn Sie als Bürgerinnen und Bürger ihr Immun- bzw. Widerstandssystem vernachlässigen, das sie nicht nur gegen jede Gesundheits-, sondern auch gegen jede Freiheitsbedrohung schützen muss. Leistet darum Widerstand: Friedlich aber hörbar. Jeder an seinem Platz. Mit Einigkeit für Recht und Freiheit. Ich danke euch.“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dreiwöchiger-krankheit-afd-landtagsabgeordneter-bernd-grimmer-an-corona-gestorben/27911704.html> / eingesehen am 2. Februar 2022

<https://stuttgarter-aufruf.de> / eingesehen am 20. Dezember 2021

<https://www.morgenpost.de/vermishtes/article234036037/corona-afd-impfung-krankenhaus.html> / eingesehen am 10. Dezember 2021

<https://www.tagesspiegel.de/politik/ein-botschafter-von-gewalt-widerstand-gegen-afd-nachruecker-in-baden-wuerttembergischen-landtag/27913460.html> / eingesehen am 22. Dezember 2021

<https://bnn.de/mittelbaden/rastatt/roland-oberst-afd-fraktionsvorsitzender-rastatt-tod-nach-corona-infektion> / eingesehen am 27. Dezember 2021

https://www.mannheimer-morgen.de/politik_artikel,-laender-afd-parteil Kollegen-heroisieren-impfgegner-_arid,1895253.html / eingesehen am 23. Dezember 2021

Deutschland-Kurier / eingesehen am 20. Dezember 2021

PI-NEWS / eingesehen am 21. Dezember 2021

Niedersachsen / Bundesweit: **Rechtsextremisten, Reichsbürger und Coronaleugner**

Eine „Analyse zu Kooperationen und Überschneidungen von Reichsbürgern und Rechtsextremisten mit Coronaleugnern“ (21. Dezember 2021) des Niedersächsischen Verfassungsschutzes kommt zum Ergebnis, dass die Vermischung von Coronaleugnern, Reichsbürgern und Rechtsextremisten zu einer „gefährlichen Radikalisierung der Coronaleugner- und Querdenken-Bewegung“ führt. Gewalttaten schloss der Verfassungsschutz – auch in Niedersachsen – nicht mehr aus. Der Mord an einem Tankstellenkassierer im rheinland-pfälzischen Idar-Oberstein (s. RECHTS.GESCHEHEN, 1.2021, S. 17) sei ein Beispiel für die Gefahr, die von einer extremistischen Radikalisierung ausgehe, so die Verfassungsschützer. Die Beobachtung sowie die Analyse der Demonstrationen und Aussagen der Coronaleugner- und Querdenken- Bewegung zeige eine zunehmende inhaltliche wie personelle Vermischung von Rechtsextremisten und Reichsbürgern mit Coronaleugnern bzw. mit dem demokratiefeindlichen Teil der Protestbewegung. Es habe sich eine neue Mischszene herausgebildet, in der sowohl Extremisten als auch Nichtextremisten aktiv sind. Im Austausch bleibe man dabei überwiegend über Messengerdienste wie Telegram. Trotz der Gegensätzlichkeit der Milieus schaffe die Pandemie vier ideologische Verbindungselemente, die die Protestgruppe zusammenhalte, so der Bericht:

- Der Glaube an Verschwörungstheorien und eine darauf basierende Weltansicht.
- Ein starker Bezug zu (rechter) Esoterik.
- Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Moderne und die Berufung auf eine (konstruierte) „natürliche“ Lebensweise.
- Ein Widerstandsnarrativ gegenüber dem Staat: Das nicht souveräne „Volk“ kämpft gegen eine vermeintliche Diktatur der „Eliten“.

An diesen inhaltlichen und ideologischen Schnittmengen sei abzulesen, dass die oft beschriebene reine Instrumentalisierung der Coronaleugner- und Querdenken-Bewegung durch Rechtsextremisten und Reichsbürger zu kurz greift. Dazu der niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut: „Die Bewegung wandert nach rechts und präferiert zunehmend rechte Parteien und Einstellungen.“ Den sozialen Medien und Messengerdiensten – insbesondere Telegram – kommt eine zentrale Rolle zu, sowohl bei der Vermischung der Szenen als auch bei deren Radikalisierung. „Wir müssen verhindern, dass sich eine Mischszene aus Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Coronaleugnern und Querdenkern verfestigt, die zum Teil Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer demokratiefeindlichen Ziele befürwortet“, so Witthaut.

https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_service/aktuelle_meldungen/die-vermischung-von-coronaleugnern-reichsbuergern-und-rechtsextremisten-fuehrt-zu-einer-gefaehrlichen-radikalisierung-der-coronaleugner-und-querdenken-bewegung-207122.html / eingesehen am 22. Dezember 2021

Baden-Württemberg:
Die extreme Rechte in Hohenlohe

Dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg sind rund 50 Rechtsextremisten bekannt, die ihren Wohnsitz aktuell im Hohenlohekreis haben oder in der Vergangenheit hatten. Davon sind etwa 15 Personen dem nicht organisierten subkulturellen rechtsextremen Milieu zuzurechnen, rund zwanzig Personen dem rechtsextremen Parteienspektrum, insbesondere der Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) der NPD, und etwa 15 Personen sonstigen rechtsextremen Organisationen wie z.B. der erstmals 2020 aktiv in Erscheinung getretenen neonazistisch geprägten Gruppierung Nord Württemberg Sturm.

Der rechtsextreme Bund für Gotterkenntnis e. V. (Ludendorffer) verfügt in der nahe dem Hohenlohekreis gelegenen Stadt Kirchberg an der Jagst über ein Grundstück mit Wohngebäude, das nicht nur vom Verein selbst für Veranstaltungen genutzt wird. So fand hier vom 8. bis 10. Oktober 2021 unter dem Titel „Thing der Titanen“ eine Veranstaltung von Rechtsextremisten statt, bei der mehrere Redner aus der Szene auftraten. An der Veranstaltung unter dem Leitmotto: „Rechte Lebensführung: Zwischen Hedonismus und Askese“ nahmen mehrere Dutzend Neonazis aus der Bundesrepublik und Frankreich teil. Im Frühjahr 2022 soll ein zweites „Thing der Titanen“ zum Thema: „Germanen waren wir, Deutsche sind wir, Europäer werden wir sein“ (Zitat von Arthur Möller van den Bruck) durchgeführt werden. Erwartet wird unter anderem der Rechtsextremist Tomislav Sunic. Der ehemalige kroatische Diplomat und spätere Lehrbeauftragte an US-Hochschulen pflegt seit Jahren enge Kontakte zur rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik. Besonders intensiv sind seine Beziehungen zur NPD. Genutzt wurde die Ludendorff-Immobilie auch vom 28. bis 30. August 2020 für eine Veranstaltung der JN.

Die religiös-völkische Politsekte Bund für Gotterkenntnis e. V. bezeichnet sich als Weltanschauungsgemeinschaft. Der Bund sieht es als seine Aufgabe an, „die religionsphilosophischen Einsichten der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs unter allen Menschen, die dafür aufgeschlossen sind, durch Wort und Schrift zu verbreiten und in der Gemeinschaft zu pflegen“ (Satzung vom 1. Juli 2014). Gemeint ist eine Melange aus antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien, germanisch-heidnischen Glaubensansätzen mit ethnopluralistischen Vorstellungen und brauner Esoterik.

Kleine Anfrage der Abg. Catherine Kern GRÜNE und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Aktivitäten der extremen Rechten in Hohenlohe, LT-Drs. 17/1153 vom 03.11.2021: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1153_D.pdf / eingesehen am 14. Januar 2022

<https://www.belltower.news/exklusiv-geheimes-treffen-prominenter-neonazis-in-baden-wuerttemberg-122515> / eingesehen am 13. Oktober 2021

Homepage Wir.HN / eingesehen am 21. Dezember 2021

Berlin / Bundesweit:
Das Berliner Schlossprojekt und seine Spender

Eine Vielzahl von Spendern für das Berliner Schloss, die vom Förderverein Berliner Schloss erworben wurden, kommen aus der extrem rechten Szene. Dazu zählen unter anderem der 2016 verstorbene Bankier Ehrhardt Bödecker, der sich wiederholt rechtsextrem und antisemitisch geäußert hat und auch in rechtsextremen Kontexten aufgetreten ist und publiziert hat, der Chefredakteur der Jungen Freiheit (JF) Dieter Stein und JF-Autor Claus Wolfschlag.

Spender sind auch Karl-Klaus D. und Thomas S. aus Baden-Württemberg. D., Sprecher der Freunde des Berliner Schlosses in Baden-Württemberg, organisierte nicht nur eine Großspende für das Berliner Schloss, sondern war auch Gründungsmitglied und Schatzmeister des AfD-nahen Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten, der die AfD mit Großplakaten und Gratiszeitungen in Wahlkämpfen im Wert von mehreren Millionen Euro unterstützte. Spender der Schlossfassaden war ebenso Rechtsanwalt S., der 2019 für die AfD bei den Kommunalwahlen in Stuttgart kandidierte.

Zum illustren Kreis der Spender gehört auch eine Organisation namens Preußenabend München, zu deren Veranstaltungen Recherchen des Bayerischen Rundfunks (BR) zufolge unter anderem Militärs, Vertriebenen-Funktionäre, AfD-Politiker und Neonazis eingeladen wurden. Zu den Referenten des Preußenabends München gehörte auch Bundeswehr-Oberleutnant Franco A., der inzwischen wegen Terrorverdacht vor Gericht steht. A. soll laut Anklage vor Jahren Anschläge geplant haben, unter anderem auf den damaligen Bundesjustizminister Heiko Maas und die Grünen-Politikerin Claudia Roth. Laut seinem Redemanuskript, das dem BR vorliegt, soll Franco A. beim Preußenabend München zum Kampf gegen „das System“ aufgerufen haben, sich in Weltuntergangspanthasien ergangen und bekannt haben, Antisemit und Rassist zu sein.

2005 hatte sich Dieter Stein in der JF „für die Wiederherstellung des Antlitzes deutscher Städte“ ausgesprochen. In Berlin blockiere ein „Kartell von politischen Bedenkenträgern“ trotz Millio-nenspenden den Wiederaufbau des Schlosses. „Die Widerstände der deutschen Neurose sind zu brechen! Ein ganz neuer Enthusiasmus kann das Land erfassen, sich der Wiederherstellung we-nigstens der Kerne der geschundenen deutschen Altstädte und Residenzen zuzuwenden und damit der Gesundung der deutschen Identität. Deutschland braucht eine architektonische Renaissance, die die Seele seiner Städte und damit die Seele aller Deutschen gesunden läßt. Packen wir es an!“ Zwei Jahre später hieß es in der JF: „Vielleicht ist endlich einmal Schluß mit dem ‚Gebrochenen‘, ‚Verfremdeten‘, ‚irgendwie Anderen und Neuen‘. Das Schloß ist das Herz des preußisch geprägten Deutschland. Es wird wieder zu schlagen beginnen.“ 2015 schrieb Stein: „Architektur ist Gestalt gewordener Wille zum Staat. In ihr läßt sich das Selbstbewußtsein einer Nation ablesen“.

<https://www.uni-kassel.de/fb06/institute/architektur/startseite/meldung/2021/12/10/neue-recherchen-zeigen-weitere-rechtslastige-spender-fuer-das-berliner-schlossprojekt?cHash=be4d907da360efd93fe3bffe93f68d63> / eingesehen am 22. Dezember 2021

<https://archplus.net/de/neue-recherchen-zeigen-weitere-rechtslastige-spender-fuer-das-berliner-schlossprojekt> / eingesehen am 7. Februar 2021

<https://secure.berliner-schloss.de/spenderliste> / eingesehen am 22. Dezember 2021

Junge Freiheit, Nr. 45/2005 vom 4. November 2005.

Junge Freiheit, Nr. 18/20007 vom 27. April 2007.

Junge Freiheit, Nr.53/2015-1/2016 vom 25. Dezember 2015/1. Januar 2016.

Baden-Württemberg:
**Corona-Weihnachtsbotschaft
2021 von Ex-AfD-MdL
Wolfgang Gedeon**

Der ehemalige AfD-Politiker Wolfgang Gedeon, von 2016 bis 2021 baden-württembergischer Landtagsabgeordneter (Wahlkreis Singen), hat eine „Corona-Weihnachtsbotschaft 2021“ veröffentlicht. Gedeon schreibt: „Der neue deutsche Totalitarismus ist nicht national, sondern supranational-global bzw. globalistisch. Er ist Teil des westlichen Systems, dessen tragende Mächte die Wallstreet-Pluto-kraten und die UNO-Kommunisten sind. In diesem Dualismus spiegelt sich in verzerrierter und pervertierter Form noch der alte abendländische Dualismus von der realen Macht des Kaisers und der ideell-religiösen des Papstes.“ Weiter hetzt der ehemalige Arzt: „Das Narrativ der rot-grünen Staatsreligion des Westens basiert vor allem auf drei Begriffen: Menschenrechte, Demokratie und Holocaust. Leugner und Ketzer dieser Staatsreligion werden als ‚Rassisten‘ als ‚Verschwörungstheoretiker‘ und als ‚Antisemiten‘ gebrandmarkt. Corona ist für die roten, grünen und sonstigen Kommunisten der ultimative Katalysator bei der 1789 in Europa begonnenen Transformation der civitas dei in eine civitas diaboli: vom Gottesstaat zum Teufelsstaat!“ Der zeitweilige Volksvertreter Gedeon bezeichnet in seinem Buch „Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten“ Neonazis wie Horst Mahler und David Irving als „Dissidenten“ und den Holocaust als „Zivilreligion des Westens“.

Homepage Wolfgang Gedeon / eingesehen am 25. Dezember 2021

Baden-Württemberg:
Neonazi-Feier in Württemberg

Mitte Dezember führte die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg im württembergischen Schönbuch eine „Jul- und Sonnwendfeier“ (Szene-Jargon) mit Kinderprogramm durch. Gedacht wurde der „Ahnennamen sowie all jener, die im Kampf für die deutsche Heimat ihr Leben hingaben.“ Mit dem Spruch „Bereit!“ für „Vaterland, Volk und Heimat“ wurde die Veranstaltung geschlossen.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. Dezember 2021

Bundesweit:
**Offene Haftbefehle gegen
Rechtsextremisten**

Zum Erhebungsstichtag 30. September 2021 bestanden nach Angaben der Bundesregierung 788 noch nicht vollstreckte Haftbefehle gegen 596 Personen der rechtsextremen Szene. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Bei 147 der Gesuchten steht der Verdacht auf ein Gewaltdelikt im Raum, bei zwölf davon geht es sogar um mehrere derartige Taten.

<https://www.zeit.de/news/2021-12/29/rund-600-rechtsextremisten-per-haftbefehl-gesucht/>
eingesehen am 29. Dezember 2021

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Neonazis (Herbst 2021), BT-Drs. 20/322 vom 21.12.2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/003/2000322.pdf> / eingesehen am 14. Januar 2022

Bundesweit:
**Rechtsterroristisches Handbuch
zum Download**

Das 1957 in der Schweiz erschienene Buch „Der totale Widerstand: Kleinkriegsanleitung für jedermann“ von Major Hans von Dach kursiert seit Jahren in rechtsextremen Kreisen. Die „Kleinkriegsanleitung“ listet unter anderem detaillierte Tipps zum Ausschalten von Wachtposten, zur Herstellung von Sprengstoff, zum Bau von Molotow-Cocktails und der Zerstörung von Motorfahrzeugen auf. Der Aufbau von Widerstandszellen wird im Detail dargelegt.

Auf der NS-apologetischen Homepage MZWNEWS wird das rechtsterroristische Handbuch kostenlos zum Download angeboten. Hinter dem 2014 gegründeten US-Medienunternehmen, das sich die „Verteidigung der Meinungsfreiheit“ auf die Fahnen geschrieben hat, steckt der US-amerikanische Neonazi John de Nugent.

Die Publikation speist sich unter anderem aus dem Büchlein „Werwolf – Winke für Jagdeinheiten“, das 1945 als Ausbildungsgrundlage für die deutschen Werwolf-Kommandos konzipiert wurde. Autor war Arthur Ehrhardt, seit Mai 1944 als Hauptsturmführer beim Chef der Bandenkampfverbände der SS tätig, und nach dem Krieg Gründer des Coburger Nation Europa-Verlages.

MZWNEWS / eingesehen am 29. Dezember 2021

Nordrhein-Westfalen:
**„Judenstern“ an Dürener
Geschäften**

Unbekannte haben im nordrhein-westfälischen Düren am zweiten Weihnachtsfeiertag an zahlreichen Schaufenstern selbstgemachte Plakate mit dem Text „Ungeimpfte werden hier gemobbt“ angebracht. Unter dem Text war ein „Judenstern“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“ abgebildet.

<https://www.radiorur.de/artikel/plakate-mit-judenstern-und-der-aufschrift-ungeimpfte-1174539.html>
eingesehen am 2. Februar 2022

Baden-Württemberg:
**Politisch motivierte Kriminalität
- rechts - nimmt zu**

Die Zahl der in den ersten drei Quartalen 2021 registrierten Delikte der Hasskriminalität stieg in Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr um 10,1 Prozent auf 478 Delikte. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag die Zahl noch bei 434 Straftaten. Im aktuellen Jahr befanden sich darunter auch 21 Gewaltdelikte, im Vorjahreszeitraum waren es noch 18. Der Bereich der PMK – rechts – ist bei der Hasskriminalität mit 365 Fällen, davon 19 Gewaltdelikte, wie bereits im Vorjahr erheblich überrepräsentiert und macht allein rund 76 Prozent der erfassten Taten aus.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/politisch-motivierte-kriminalitaet-nimmt-deutlich-zu-1/?pk_medium=newsletter&pk_campaign=211230_newsletter_weekly&pk_source=newsletter_weekly&pk_keyword=polizei / eingesehen am 30. Dezember 2021

Bundesweit:
**Zunahme von Rechtsextremisten
als terroristische Gefährder**

Das Bundeskriminalamt (BKA) führt zum Ende 2021 76 Rechtsextremisten als terroristische Gefährder, das sind fast 50 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 2020 waren 52 rechtsextreme Gefährder erfasst. Als Gefährder bezeichnen die Sicherheitsorgane Menschen, denen sie schwere, politisch motivierte Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen zutrauen. Dazu zählt, wer in der Szene als Führungsperson, als Akteurin oder als Logistiker und Unterstützer agiert. Außerdem müssten laut BKA „objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung“ verüben werden. Gestiegen ist auch die Zahl der potenziellen Unterstützer terroristischer Aktionen von rechts. Das BKA berichtet von 183 „relevanten Personen“, 2020 waren es 126.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/gefahr-rechter-anschlaege-nimmt-weiter-zu-polizei-stuft-76-neonazis-als-terroristische-gefaehrder-ein/27936094.html> / eingesehen am 30. Dezember 2021

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-11/rechtsextremismus-bka-rechtsextreme-gefaehrder-deutschland-anstieg> / eingesehen am 18. November 2021

Bundesweit:
**Neue Zentrale Meldestelle für
strafbare Inhalte im Internet**

2022 nimmt eine neue Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet ihre Arbeit auf, kündigte das Bundeskriminalamt (BKA) an. Dort würden Hinweise auf Hass und Hetze im Internet gebündelt entgegengenommen und zusammen mit den Polizei- und Justizbehörden der Länder für die strafrechtliche Verfolgung der Täter gesorgt. Generell empfiehlt das BKA, Hasspostings bei der Polizei anzuzeigen und sie den Betreibern von Internetplattformen samt Löschaufforderung zu melden.

*<https://www.behoerden-spiegel.de/2021/12/03/aktionstag-gegen-hasskriminalitaet-im-netz/> /
eingesehen am 3. Dezember 2021*

Index

- Orte**
- Bad Liebenzell (Baden-Württemberg) 16
 - Baden-Württemberg 4, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 32, 33, 35, 36, 37
 - Bayern 6, 12, 15, 19, 21, 25, 28, 31, 33, 35
 - Berlin 7, 10, 25, 27, 30, 32, 35
 - Brandenburg 8, 9, 23, 24
 - Bruchsal (Baden-Württemberg) 24
 - Bundesrepublik Deutschland 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38
 - Chemnitz (Sachsen) 22
 - Dortmund (Nordrhein-Westfalen) 12
 - Dresden (Sachsen) 8, 22, 23
 - Düren (Nordrhein-Westfalen) 37
 - Eisenach (Thüringen) 12
 - Enzkreis (Baden-Württemberg) 17, 35
 - Esslingen am Neckar (Baden-Württemberg) 7
 - Frankfurt am Main (Hessen) 8, 17
 - Gieselwerder (Hessen) 31
 - Groß Gastrose (Brandenburg) 9
 - Guben (Brandenburg) 9
 - Gurs (Frankreich) 8, 13, 14
 - Halberstadt (Sachsen-Anhalt) 20
 - Heilbronn (Baden-Württemberg) 10, 12, 23
 - Herboldshausen (Baden-Württemberg) 17
 - Hessen 7, 8, 17, 21, 25, 31, 33
 - Hohenlohekreis (Baden-Württemberg) 35
 - Hünxe (Nordrhein-Westfalen) 6
 - Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) 34
 - Itzehoe (Schleswig-Holstein) 24
 - Jerusalem (Israel) 30
 - Kandern (Baden-Württemberg) 15
 - Karlsruhe (Baden-Württemberg) 6, 13, 17, 18
 - Kempten (Bayern) 15
 - Kieselbronn (Baden-Württemberg) 17
 - Kiew/Babyn Jar (Ukraine) 25
 - Kirchberg an der Jagst (Baden-Württemberg) 17, 35
 - Kisa (Schweden) 12
 - Königs Wusterhausen, Ortsteil Senzig (Brandenburg) 23
 - Leipzig (Sachsen) 10
 - Lodz (Polen) 11
 - Mannheim (Baden-Württemberg) 4, 17
 - Mantel (Bayern) 28
 - Mecklenburg-Vorpommern 22
 - Meißen (Sachsen) 33
 - Melsungen (Hessen) 25
 - Minsk (Weißrussland) 11
 - München (Bayern) 28, 35
 - Neuenstein (Baden-Württemberg) 16
 - Neuruppin (Brandenburg) 24
 - Niedersachsen 34
 - Nordrhein-Westfalen 6, 12, 20, 37
 - Nürnberg (Bayern) 6, 12, 33
 - Öhningen, Ortsteil Wangen (Baden-Württemberg) 15
 - Pentling (Bayern) 25
 - Pfedelbach (Baden-Württemberg) 16
 - Pforzheim (Baden-Württemberg) 26, 33
 - Rems-Murr-Kreis (Baden-Württemberg) 32
 - Reutlingen (Baden-Württemberg) 26
 - Rheinland-Pfalz 34
 - Riga (Lettland) 11
 - Sachsen 8, 9, 10, 12, 17, 22, 33
 - Sachsen-Anhalt 7, 20
 - Schleswig-Holstein 7, 24
 - Schnellroda (Sachsen-Anhalt) 7
 - Schönbuch (Baden-Württemberg) 36
 - Schorndorf (Baden-Württemberg) 24
 - Schreiersgrün (Sachsen) 12
 - Schwandorf (Bayern) 31
 - Schwarzenberg (Sachsen) 22
 - Singen (Hohentwiel) (Baden-Württemberg) 36
 - Sinsheim (Baden-Württemberg) 7
 - Strehla (Sachsen) 33
 - Stuttgart (Baden-Württemberg) 6, 9, 17, 26, 30, 33, 35
 - Südbaden (Baden-Württemberg) 17, 25
 - Thüringen 4, 12, 25
 - Tübingen (Baden-Württemberg) 17
 - Ulm (Baden-Württemberg) 12
 - Vlotho (Nordrhein-Westfalen) 20
 - Waldshut-Tiengen (Baden-Württemberg) 8
 - Werder (Brandenburg) 26
 - Wien (Österreich) 17, 18
 - Wiesbaden (Hessen) 21
 - Zittau (Sachsen) 9
 - Zwickau (Sachsen) 12

Institutionen, Parteien, Medien

- Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) 33
- Aktionsgruppe Zittau 9
- Alternative für Deutschland (AfD) 4, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 16, 17, 19, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 32, 33, 35, 36
- Amadeu Antonio Stiftung 32
- American Jewish Committee (AJC) 32
- Ansgar Aryan 28
- Anti-Kanaken-Front-Kempton 15
- Aufbruch (rechtsextreme Band) 17
- Basisdemokratische Partei Deutschlands (dieBasis) 13, 23
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof 25
- Bayerisches Landeskriminalamt (BLKA) 28
- Berserker Clan 7
- Bewegung für religiöse Erneuerung – die Christengemeinschaft 20
- Bildungsstätte Anne Frank 14
- Blutrausch (rechtsextreme Band) 17
- Bruderschaft Deutschland 17
- Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) 17, 35
- Bundesgerichtshof (BGH) 31
- Bundeskriminalamt (BKA) 14, 37, 38
- Bundesnachrichtendienst (BND) 21
- Bundesverwaltungsgericht 21
- Bürgerbewegung Pro Chemnitz 22
- Collegium Humanum 20
- Compact 5, 8, 10, 23, 26, 28
- Corona-Protestbewegung 4, 5, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 33, 34, 36
- Demokratiezentrum Baden-Württemberg 10
- Der III. Weg 9, 15, 17, 23, 26, 36
- Desiderius-Erasmus-Stiftung 14
- Deutsche Burschenschaft 8
- Deutsche Stimme 19, 33
- Deutschlandkurier 29
- Die Kehre 8
- Die Rechte 17, 20
- Die Republikaner (REP) 33
- Ein Prozent 8
- Förderverein Berliner Schloss 35
- Freie Sachsen 9, 22, 28
- Freie Schwaben 22
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 8, 18
- Freiheitsboten Königs-Wusterhausen 23
- Freunde des Berliner Schlosses in Baden-Württemberg 35
- Friedrich-Naumann-Stiftung 11
- Gedenkstätte Buchenwald 25
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 7, 16, 31
- Generallandesarchiv Karlsruhe 13, 18
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin 7
- Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe 6
- Generalstaatsanwaltschaft München 15
- Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart 6
- Germanium (rechtsextreme Band) 17
- Gruppe S. 7
- Hannah-Arendt-Institut (TU Dresden) 8
- Heidnischer Sturm Pforzheim 17
- Hohenlohe wacht auf 16
- Identitäre Bewegung 6, 8, 9, 17
- Institut für Staatspolitik (IFS) 7, 17
- Internationaler Militärgerichtshof 6
- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden 13, 14, 24
- journalistenwatch 9
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) 8
- jugendschutz.net 27
- Junge Alternative (JA) 17, 19, 27
- Junge Freiheit 35, 36
- Junge Nationalisten (JN) 9, 35
- Jungeuropa Verlag 8
- Kommando 192 (rechtsextreme Band) 17
- Kommando Skin (rechtsextreme Band) 17
- Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz 11
- Konzentrationslager Bergen-Belsen 11
- Konzentrationslager Buchenwald 25
- Konzentrationslager Dachau 14
- Konzentrationslager Sachsenhausen 24
- Konzentrationslager Stutthoff 24
- Konzentrationslager Theresienstadt 11
- Kreuzritter für Deutschland 9
- Lagergemeinschaft Dachau 14
- Landesarchiv Baden-Württemberg 13
- Landeskriminalamt (LKA) Berlin 7
- Landgericht Duisburg 6
- Landgericht Neuruppin 24
- Lesen & Schenken 29
- Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) 20, 21
- Militärischer Abschirmdienst (MAD) 10, 11
- Mjöllnir (rechtsextreme Band) 17, 18
- mobirex - Monitoring | Bildung | Information 10

MZWNEWS 37
 Nation Europa Verlag 37
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 4, 7, 9, 15, 17, 19, 20, 22, 27, 28, 33, 35
 Nationalistische Front (NF) 31
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) 12, 31
 Noie Werte (rechtsextreme Band) 9, 17
 Nord Württemberg Sturm 35
 NS-Gedenkstätte Gurs 14
 Oberlandesgericht (OLG) München 31
 Österreichische Volkspartei (ÖVP) 17
 Otto Brenner Stiftung (OBS) 21
 Parlamentarisches Kontrollgremium (Deutscher Bundestag) 10
 Pegida 8, 22, 26
 Pennale Burschenschaft CHATTIA Friedberg zu Hamburg 28
 Politically Incorrect 4, 18, 28, 29
 Polizeipräsidium Schwaben Süd/West 15
 Preußenabend München 35
 Pro Asyl 32
 Querdenken 4, 11, 17, 18, 21, 23, 27, 34
 Reichsbund Volkstum und Heimat 20
 Reichsbürger/Selbstverwalter 11, 17, 21, 25, 34
 Renitenz (rechtsextreme Band) 17, 18
 Republikanische Jugend (RI) 33
 Ring Nationaler Frauen (RNF) 20
 Schwäbischer Kulturverein 6
 Sektion Süd 17
 Staatsanwaltschaft Dresden 22
 SVM Sächsische Versand und Medien UG 22
 Verein für Staatspolitik 17
 Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten 35
 Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten 20
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg 17, 35
 Verfassungsschutz Brandenburg 9, 10
 Verfassungsschutz Bund 4, 10, 26
 Verfassungsschutz Niedersachsen 34
 Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt 7
 Verfassungsschutz Thüringen 4
 Wiking-Jugend (WJ) 9
 Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet 38
 Zentralrat der Juden in Deutschland 11, 13
 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 28
 Zentrum Automobil (ZA) 9, 10, 28
 Zuerst! 16, 29, 30
 Zukunft Heimat 8
 Zur Zeit 29

Personen

A., Franco 35
 Abramovych, Artur 17
 Andres, Robert 22
 Bamberger, Alfred 33
 Bätzing, Georg 29
 Baum, Christina 10, 33
 Berndt, Christoph 8
 Blobel, Paul 25
 Blume, Michael 18, 24, 29
 Blumenstock, Rafael 12
 Bödecker, Ehrhardt 35
 Boehringer, Peter 33, 34
 Böhnhardt, Uwe 12, 31
 Borhardt, Siegfried 12
 Brasillach, Robert 8
 Brauneisen, Achim 6
 Bruck, Arthur Möller van den 35
 Busch, Andre 28
 Can, Fatma 31
 Can, Mehmet 31
 Can, Osman 31
 Chrupalla, Tino 33
 Clemens, Carlo 27
 D., Erich 12
 D., Karl-Klaus 35
 D., S. 16
 Dach, Hans von 37
 Demel, Daniel 7
 Diener, Eveline 28
 Döbel, Jens 22
 Drieu la Rochelle, Pierre 8
 Ehrhardt, Arthur 37
 Eichmann, Adolf 30
 Elsässer, Jürgen 5, 8, 23, 26
 Elser, Georg 8
 Eminger, André 31
 Faeser, Nancy 27
 Fischer, Matthias 9
 Fischer, Viviane 23
 Frank, Anne 11

- A., Franco 35
Abramovych, Artur 17
Andres, Robert 22
Bamberger, Alfred 33
Bätzing, Georg 29
Baum, Christina 10, 33
Berndt, Christoph 8
Blobel, Paul 25
Blume, Michael 18, 24, 29
Blumenstock, Rafael 12
Bödecker, Ehrhardt 35
Boehringer, Peter 33, 34
Böhnhardt, Uwe 12, 31
Borchardt, Siegfried 12
Brasillach, Robert 8
Brauneisen, Achim 6
Bruck, Arthur Möller van den 35
Busch, Andre 28
Can, Fatma 31
Can, Mehmet 31
Can, Osman 31
Chrupalla, Tino 33
Clemens, Carlo 27
D., Erich 12
D., Karl-Klaus 35
D., S. 16
Dach, Hans von 37
Demel, Daniel 7
Diener, Eveline 28
Döbel, Jens 22
Drieu la Rochelle, Pierre 8
Ehrhardt, Arthur 37
Eichmann, Adolf 30
Elsässer, Jürgen 5, 8, 23, 26
Elser, Georg 8
Eminger, André 31
Faeser, Nancy 27
Fischer, Matthias 9
Fischer, Viviane 23
Frank, Anne 11
Frank, Margot 11
Fränkel, Wolfgang 16
Fritze, Lothar 8
Froelich, Tomasz 17
Frohnmaier, Markus 27
Fuellmich, Reiner 23
Furchner, Irmgard 24
G., Peter 12
Gabriel, Sigmar 22
Gansel, Jürgen 19
Gärditz, Klaus 19
Gates, Bill 11, 29
Gauland, Alexander 7
Gedeon, Wolfgang 36
George, Stefan 26
Gerlach, Holger 31
Göring, Hermann 6
Grimmer, Bernd 33
Grube, Ernst 14
Häberle, Peter 6
Haise, Lars 24
Haldenwang, Thomas 4, 10
Hartung, Stefan 22
Haverbeck, Ursula 20
Haverbeck, Werner Georg 20
Henkel-Waidhofer, Brigitte Johanna 18
Herrmann, Joachim 4, 19, 25
Heß, Rudolf 20
Hilburger, Oliver 9, 10, 28
Höcke, Björn 4, 7, 26
Hohloch, Dennis 23
Hübener, Jürgen 31
Irving, David 36
Jaeschke, Jan 7
Jaus, Hans 9
K., W. 16
Kalbitz, Andreas 23, 27
Kickl, Herbert 18
Kiesewetter, Michèle 12
Kießling, Friedrich 16
Kohlmann, Martin 9, 22
Köpping, Petra 22
Krah, Maximilian 17
Kretschmann, Winfried 22
Kretschmer, Michael 22, 23
Kubasik, Mehmet 12
Kubitschek, Götz 7, 8
L., Karin 12
Leemhuis, Remko 32
Lehnert, Erik 17
Lichert, Andreas 17
Ludendorff, Mathilde 35
Maas, Heiko 35
Mahler, Horst 36

Maier, Georg 4
Mengele, Josef 18
Merkel, Angela 22
Meuthen, Jörg 7, 14
Müller, Gerhard Ludwig 29
Müller-Hohagen, Jürgen 14
Münch, Ursula 19
Mundlos, Uwe 12
Nehammer, Karl 17, 18
Nugent, John de 37
Oberst, Roland 33
Petzold-Schick, Cornelia 24
Pfeifer, Karl 18
Protschka, Stephan 19
R., Devid 23
Rensmann, Lars 32
Ribbentrop, Joachim von 6
Rose, Romani 28
Rosenberg, Alfred 6
Rosenberg, Martina 10
Roth, Claudia 25, 35
S., J. 31
S., Josef 24
S., Thomas 35
Safferling, Christoph 16
Salzborn, Samuel 30
Sassmannshausen, Felix 30
Schallenberg, Alexander 18
Schäuble, Wolfgang 20
Schick, Jonas 8
Schiffmann, Bodo 23
Schmidtke, Sebastian 27
Scholz, Olaf 30
Schönborn, Meinolf 31
Schröder, Patrick 28
Schuster, Josef 11, 29
Schwab, Klaus 29
Schwesig, Manuela 22
Seitz, Thomas 10, 25, 33
Sitarz, Arthur 7
Söder, Markus 19
Soros, George 29
Spahn, Jens 13
Spaniel, Dirk 10, 26
Stein, Dieter 35, 36
Stein, Philip 8
Steinbach, Erika 14
Storch, Beatrix von 33
Strache, Heinz-Christian 8
Strobl, Thomas 4
Suliman, Rami 13, 14, 24
Sunic, Tomislav 35
Taufkirch, Wolfgang 8
Teichmann, Ivo 33
Venner, Dominique 8
Vorländer, Hans 21
Walter, Gottfried 33
Weidel, Alice 7, 16, 33
Weyel, Harald 17
Witthaut, Bernhard 34
Wohlleben, Ralf 31
Wolfschlag, Dieter 35
Wulff, Thomas 9
Ziegler, Andreas 9
Zschäpe, Beate 12, 31

Erscheinungsdatum: Februar 2022

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de